Interview mit Hans Michelbach S. 17

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com
G 1480
7/8
2010
4,– €

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Mehr Drohnen als Bienen

AUTO-TEST

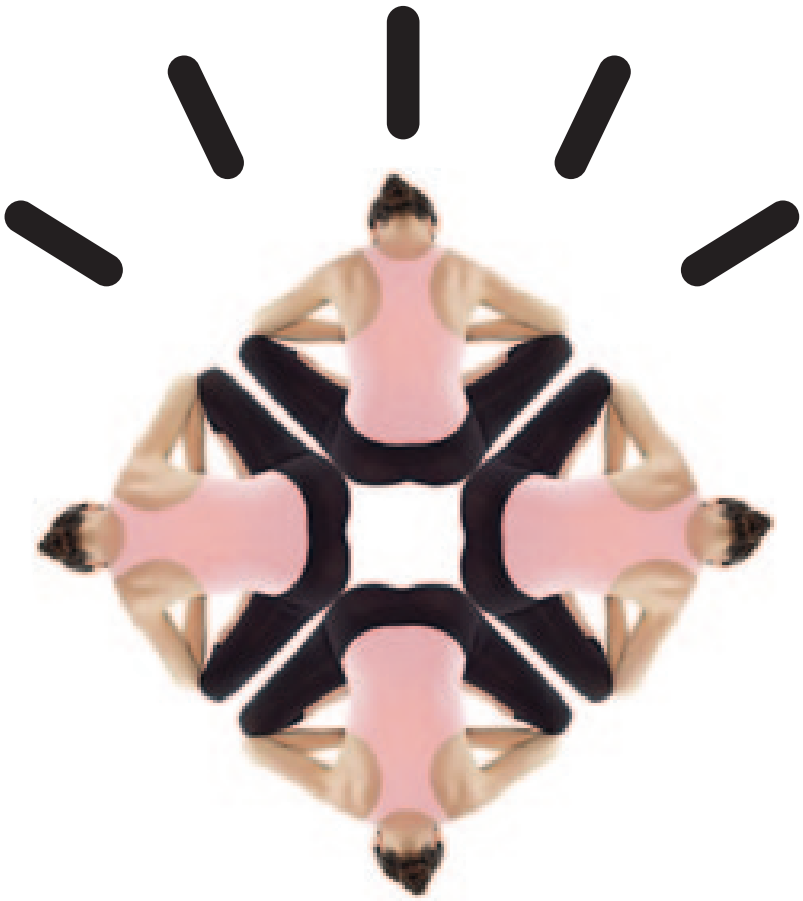
Kia Sorento Allradauto des Jahres

UNTERNEHMEN

Reisekosten-Management

UNTERNEHMENS-FINANZIERUNG

in unsicheren Zeiten



Können Implantate eine Klinik beweglicher machen?

Unser Gesundheitswesen zeigt immer mehr Symptome von Ineffizienz. Nehmen Sie zum Beispiel die Zeit, die Krankenhauspersonal damit zubringt, chirurgische Artikel zu finden, Bestände zu prüfen und nachzubestellen – ein immenser Aufwand. Damit solche Logistikprozesse effizienter werden, muss man sie digital erfassen, vernetzen und mit Intelligenz ausstatten. Man muss sie, mit einem Wort, smart gestalten. Implanet, ein mittelständischer Hersteller von medizinischen Geräten, sah die Chance, mit einem neuen Geschäftsmodell genau das zu tun. Gemeinsam mit IBM und Business Partnern erfand Implanet einen neuen, nachvollziehbaren Prozess für chirurgische Implantate. Dabei kann der Weg von Implantaten mit Hilfe von intelligenten RFID-Etiketten über die komplette Lieferkette verfolgt werden – vom Hersteller über Händler und Kliniken bis hin zum Patienten. Diese weitgehend automatisierten Systeme verschaffen Implanet und seinen Kunden einen besseren Überblick über Produktinformationen und Bestände. Chirurgen haben Zugriff auf die Daten der Implantate, die sie eingesetzt haben, Kliniken können ihre Nachbestellungen automatisieren – und so den Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren. Die so gewonnene Zeit kann man nun dort investieren, wo sie am dringendsten benötigt wird: bei den Patienten. Weitere Beispiele und Anregungen finden Sie unter **ibm.com**/medizin/de. Also: Machen wir den Planeten ein bisschen smarter.

Smarte Ideen für den Mittelstand.

Die IBM iPhone-App für den Mittelstand
ibm.com/de/mittelstand/mobile

IBM, das IBM Logo, ibm.com und das Bildzeichen des Planeten sind Marken oder eingetragene Marken der International Business Machines Corporation in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Andere Namen von Firmen, Produkten und Dienstleistungen können Marken oder eingetragene Marken ihrer jeweiligen Inhaber sein. © 2010 IBM Corporation. Alle Rechte vorbehalten.
O&M IBM S 9/10

MOTIVATION, MANNSCHAFTSGEIST UND MUT!

Peter Ibbeken ist Landesvorsitzender der MIT in Baden-Württemberg und stellv. Bundesvorsitzender

Gemeinschaftliche Erfolge werden am besten mit Motivation, Mannschaftsgeist und Mut erzielt. Unsere Fußball-Nationalmannschaft hat dies mit überzeugenden Spitzenleistungen in Südafrika recht eindrucksvoll demonstriert. Im Halbfinale fehlte etwas der Mut, schon ging das Spiel verloren. Beim Spiel um den dritten Platz gegen Uruguay stimmte wieder alles: hoch motiviert, mit ausgeprägtem Mannschaftsgeist und Mut zum Risiko gewann unsere Elf in einem spannenden Wettbewerb.

Betrachtet man das Handeln unserer schwarz-gelben Regierungskoalition in Berlin, so scheint der Mut bereits nach der Verabschiedung des Wachstums-Beschleunigungs-Gesetzes abhanden gekommen zu sein. Und von Mannschaftsgeist sind noch nicht einmal Ansätze erkennbar. Über die Motivation der Akteure darf spekuliert werden. Sportler gehen mehrere Tage oder manchmal Wochen ins Trainingslager. Politiker haben diese Möglichkeit (leider) nicht.

Unmittelbar vor der Sommerpause haben Bundeskabinett, Bundestag und Bundesrat im Eiltempo zahlreiche Beschlüsse gefasst und noch eine Reihe von Gesetzen und Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. Da ist manches Ungereimte dabei. Trotz einiger Sparanstrengungen wurde wieder einmal der Weg von Abgaben- und Gebührenerhöhungen gewählt. Die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge von 14,9 wieder auf 15,5 Prozent passt überhaupt nicht in die wirtschaftliche Landschaft. Diese Entscheidung lässt Einfallsreichtum und Gestaltungskraft vermissen. Auch die Neureglung der GEZ-Gebühren droht zu erheblichen Mehrkosten, gerade für mittelständische Unternehmen, zu führen.

Der bürgerliche Wähler fragt sich immer häufiger: Was gilt eigentlich noch? Wie wird der Koalitionsvertrag eingehalten? Kommt hierzu vielleicht ein Änderungsvertrag wegen veränderter Geschäftsgrundlage? Wie geht man mit Parteitagsbeschlüssen um, auch mit den immer noch gültigen von Leipzig? Die für jeden Mittelständler selbstverständliche Einheit von Entscheidungsmacht und Haftung fehlt bedauerlicherweise in vielen Bereichen großer Organisationen, in Finanzwelt, Politik und internationalen Konzernen.

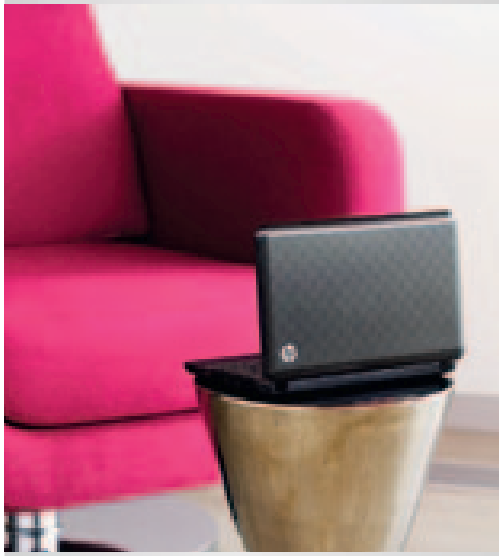
Nach den jüngsten Daten sind wir auf dem Weg aus der Wirtschaftskrise, viele Branchen erholen sich. Auch die Zahl der Unternehmens-Insolvenzen ist im letzten Monat gegenüber dem des Vorjahres gesunken. Hoffen wir auf Nachhaltigkeit!

Vertrauen in die Zukunft und Optimismus können die Menschen beflügeln. Misstrauen und Pessimismus jedoch lähmen die Schaffenskraft.

Ich wünsche allen Akteuren in Politik und Wirtschaft einige erholsame Sommerwochen, sozusagen als Trainingslager, um im Herbst mit Motivation, Mannschaftsgeist und Mut die Herausforderungen anzupacken.

Eins in Kunst und Alltag

Gespannt auf die exklusive Produktauswahl? Ob PC und Drucker für zu Hause oder den Laptop für unterwegs: wählen Sie bequem und in Ruhe das richtige Produkt aus. Nichts wie los zu den Angeboten. Ein Beispiel: Das neue Notebook LineUp von HP. Satte Rabatte für Sie als Mitarbeiter!



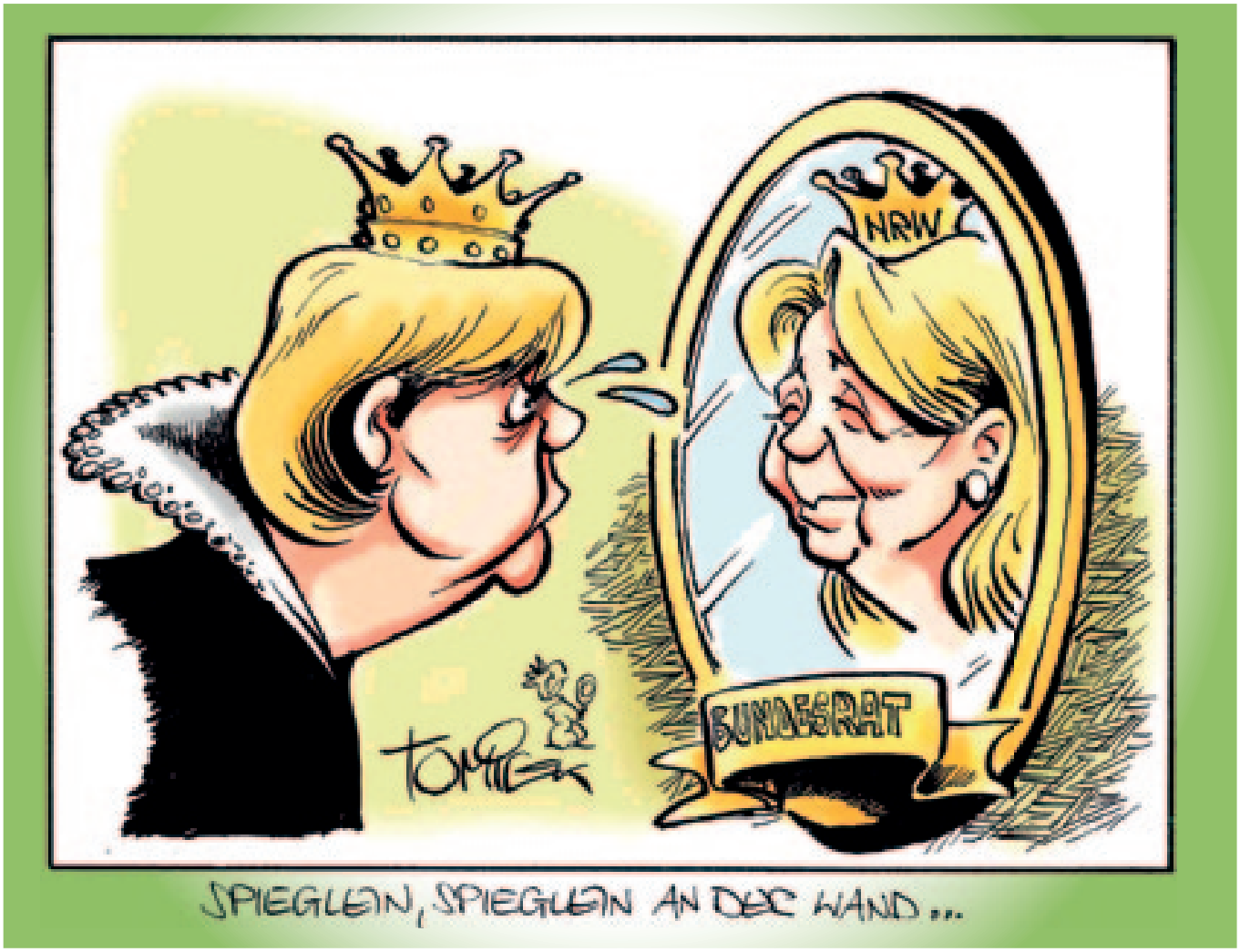
Nachlass >10%

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen Kreisverband der MIT unter www.mit-virtuell.de.

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU
in Kooperation mit corporate benefits GmbH

Die Seite-4-Karikatur



Weisheiten

Masken tarnen bunt, oft schrill,
was man meist gar nicht sehen will.

Grad die ungeklärten Fragen
werden allzu gerne unterschlagen.

Mit jeder Phrase, die uns schmeichelt,
wird unsre Eitelkeit gestreichelt.

Man macht sich manchen schnellt zum Freund
mit bunten Charts in Powerpoint.

Auch mit den höchsten Flötentönen
kann man ein Problem nicht schönen.

Bosheiten

Es schüttelt grad der Intigrant
besonders herzlich deine Hand.

Damit man bei der Wahrheit bleibt,
ist's nötig, dass man übertreibt.

Gern hab' ich mich mit dem beschäftigt,
der meine Meinung stets bekräftigt.

Gern hätte er sich angebiedert,
das hat die Leute angewidert.

Man glaubt der Botschaft meistens mehr,
kommt sie als Gerücht daher.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, *„Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten"*

1&1 DO-IT-YOURSELF HOMEPAGE

Einfacher und schneller geht´s nicht: Branche wählen, Namen eingeben, Farbe festlegen, Internet-Adresse aussuchen – schon ist Ihre Homepage fix und fertig im Internet! Denn Bilder, Texte und Seitenaufbau für über 100 Branchen haben wir schon vorbereitet. Und wenn Sie wollen, können Sie Ihren Internet-Auftritt jederzeit mit eigenen Bildern und Texten noch individueller machen. Jetzt ausprobieren – kostenlos!

Ausgabe 08/2010

FÜR ÜBER 100 BRANCHEN

KOSTENLOS TESTEN!

1&1

MEMBER OF united internet

Jetzt informieren und bestellen: 0 26 02 / 96 91 www.1und1.info

Es ist genug für alle da

Fotos: Christof Krackhardt

... wenn wir miteinander teilen.

Teilen Sie mit.

Postbank Köln
500 500 500
BLZ 370 100 50

Brot für die Welt
www.brot-fuer-die-welt.de

POLITIK

3 EDITORIAL
Motivation, Mannschaftsgeist und Mut fordert der stellv. MIT-Bundesvorsitzende Peter Ibbeken von der Politik ein

4 Unsere Seite-4-Karikatur
... und unsere nicht ganz ernst gemeinten Weisheiten und Bosheiten aus dem Wirtschaftsleben

8 Die Transfergesellschaft
Unser prominenter Autor Professor Eberhard Hamer äußert seine Sorge über die Transfergesellschaft in unserem Land, die er mit einem Bienenstamm vergleicht: Ein Bienenvolk, das zwei Drittel Drohnen und nur ein Drittel Arbeitsbienen hat, geht nach seiner Meinung zugrunde.

11 Pointiertes zur Steuerreform
Seine Stellungnahmen zu steuer- und fiskalpolitischen Themen haben besonderes Gewicht: Dieter Kempf, der Vorstandsvorsitzende der Nürnberger DATEV eG

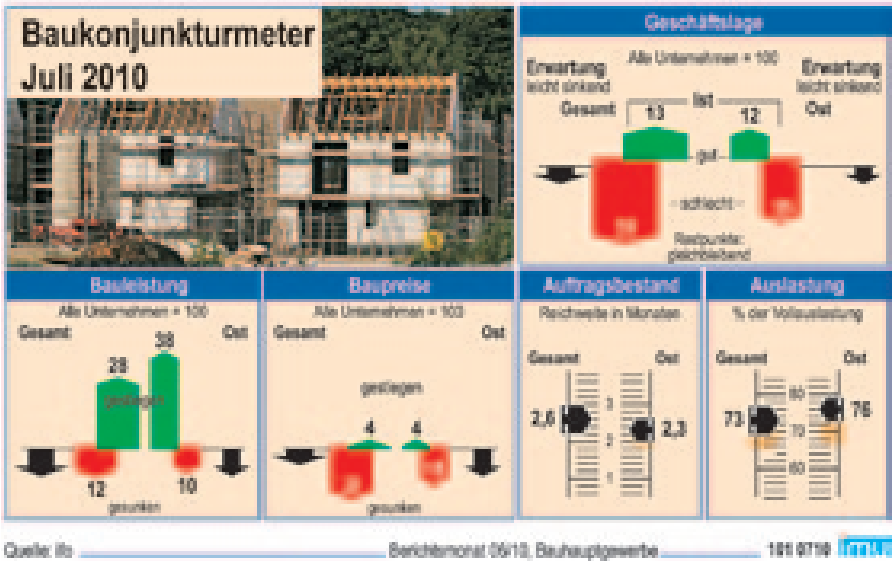
17 Es fehlt an Teamgeist
Hans Michelbach, MdB und Vorsitzender der bayerischen Mittelstandsunion, gehört zu den herausragenden Mittelstandspolitikern im Deutschen Bundestag. In unserem Interview nimmt er kein Blatt vor den Mund

WIRTSCHAFT

12 Finanzierung in unsicheren Zeiten
Zwar hellt sich das Konjunkturklima auf, doch wie sieht es bei den Kreditvergaben aus. Gibt es nun die Kreditklemme oder nicht? Oder ist es vielleicht mehr eine Vergabezurückhaltung bei den Instituten als eine Klemme? Wir haben uns umgehört.

UNTERNEHMEN

18 Mittelstand und Cloud Computing
Während sich „Cloud Computing“, also die Verlagerung von Rechnerleistung von den Firmen-PC's auf Großrechner im Internet, weltweit etabliert, zeigen sich deutsche Unternehmen eher zögerlich



20 Schadenersatz wegen Schlechtberatung
Das OLG Stuttgart verurteilte jetzt eine Bank, weil sie einem Kunden zu einem glücksspielartigen Geschäft geraten hatte

21 Reisekostenmanagement
In diesen krisenhaften Zeiten suchen Unternehmen nach Kostensenkungspotenzialen: Das Reisekostenmanagement bietet dazu gute Ansätze

23 DATEV: auf Wachstum programmiert
Der Nürnberger IT-Dienstleister ist mittlerweile der Viertgrößte in Deutschland. 40.000 Mitglieder, 5.700 Beschäftigte und fast 700 Mio. Euro Umsatz – eine Bilanz, die sich sehen lassen kann

SERVICE

20 Leserbrief

24 AUTO-TEST
Der Kia Sorento wurde zum Allradauto des Jahres 2010 gewählt. Wir fuhren den kleinen SUV, der eigentlich ein ganz großer ist, was das Verhältnis von Preis und Leistung angeht

25 Für Sie gelesen – unsere Bücherecke

26 Recht im Gespräch

26 Die 5 häufigsten Fehler

27 Aktuelle Urteile

MIT-INSIDE

28 MIT-Inside
MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann fordert eine Verschärfung der europäischen Stabilitätskriterien und möchte den Trend zu einer Transferunion stoppen

30 MU-Inside
Balance der Gesellschaft neu austarieren

32 Namen sind Nachrichten

33 Unsere Glosse
Die Sylter Sansibar auf dem Weg zum „Weltkonzern“

34 Baustelle Berlin
Hier schreibt Ihnen MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

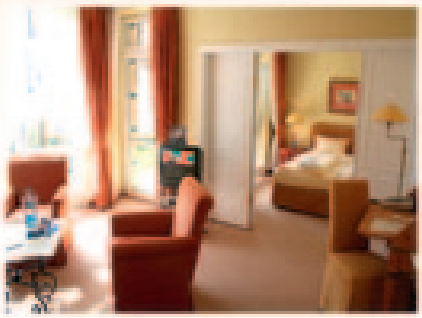
34 Impressum

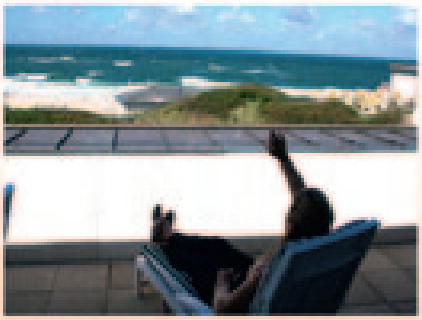
Foto: dpa/ picture alliance

MIT-Mitglied ist Bundespräsident

Das ist einmalig in der Geschichte der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/ CSU: Aus ihren Reihen kommt der neue Bundespräsident Dr. Christian Wulff. Josef Schlarmann, MIT-Bundesvorsitzender und langjähriger politischer Weggefährte des Niedersachsen, gratulierte herzlich und wünschte dem neuen Staatsoberhaupt eine glückliche Hand in allen seinen Entscheidungen.

STRANDHOTEL
Sylt





WOHNEN IM STRANDHOTEL

- zentral und ruhig gelegen
- in Westerland
- direkt hinter der Düne
- 52 Suiten mit getrenntem Wohn- und Schlafbereich
- tolles Frühstücksbuffet bis 12.00 Uhr
- Tiefgarage im Haus
- kostenfreie Nutzung von Sauna, Dampfbad und Fitnessgeräten
- Solarium und Fitarium gegen Gebühr

SPEISEN AN VIELEN ORTEN

Die *Transfer*gesellschaft

Von Prof. Dr. Eberhard Hamer

Foto: Pitopia

Ein Bienenvolk, das zwei Drittel Drohnen und nur ein Drittel Arbeitsbienen hat, muss unweigerlich zugrunde gehen

Schon immer in der Geschichte hat ein – meist größerer – Teil der Gesellschaft auf dem freien Markt in Landwirtschaft, der Gewerbe- oder Dienstleistung seinen Unterhalt verdienen und sich damit unterhalten müssen, ein anderer Teil aber von Abgaben ersterer gelebt. Das waren in den vergangenen Jahrhunderten vor allem Adel und Geistlichkeit, dazu aber auch das Militär und die Beamten.

Immer in der Geschichte ging es aber den auf dem freien Markt arbeitenden Menschen besser, wenn die zweite Gruppe der von den Abgaben Lebenden geringer war; es ging ihnen dagegen schlechter, wenn sich die Gruppe der von öffentlichen Transferleistungen Lebenden verstärkte und damit die Last der ersteren, der für den Markt Arbeitenden, entsprechend größer wurde.

So wie in einem Bienenvolk der Ertrag größer ist, wenn die Zahl der Drohnen klein ist und umgekehrt geringer wird, wenn die Zahl der Drohnen größer wird, ist auch unsere Volkswirtschaft um so stärker und ertragreicher, je geringer die Zahl der von öffentlichen Transferleistungen Lebenden ist und umgekehrt.

Minderheit ernährt Mehrheit

Aufsteigervölker zeichnen sich immer durch einen hohen Anteil der etwas für den Markt Leistenden aus. Absteigervölker dagegen zeigen einen entsprechend hohen Anteil von Transfereinkommensbeziehern. Man kann dies allgemein schon am Staatsanteil einer Volkswirtschaft ablesen: 1913 betrug der Staatsanteil 13 Prozent der Volkswirtschaft, heute liegt er bei über 50 Prozent, mit steigender Tendenz.

Das Mittelstandsinstitut Hannover hat deshalb aus der amtlichen Statistik einmal herauszufiltern versucht, aus welchen Einkommensquellen sich die ca. 82 Mio. Einwohner „speisen", woher sie also ihr Einkommen beziehen. Danach muss eine Minderheit von 42 Prozent der Erwerbstätigen nach amtlicher Statistik eine Mehrheit von 58 Prozent (Rentner, Arbeitslose und Angehörige) mitunterhalten.

Unternehmer sind der Kern der Einkommensquellen

Dramatischer wird das Bild aber, wenn man die Art der Erwerbstätigkeit unterteilt in solche, die privatwirtschaftlich für den Markt geleistet wird und bei dem deshalb die Erwerbstätigen von einem Markteinkommen leben und andererseits denjenigen, welche direkt oder indirekt aus öffentlichen Mitteln leben, deren Zahlung also von den auf dem Markt leistenden Erwerbstätigen zuvor miterarbeitet werden muss. Zur letzteren gehören z.B. die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Organisationen, das Gesundheitspersonal, Lehrer und Kulturbeschäftigte u.a. Das soll nicht die Leistung dieser Menschen z.B. der Ärzte, Lehrer, Beamten u.a. mindern, sondern nur darauf hinweisen, dass diese Bevölkerungsgruppen eben nicht von Markteinkommen, sondern von Transferleistungen leben. Unter den Erwerbstätigen gibt es also zwei ganz unterschiedliche Gruppen, die von unterschiedlichen Einkommensquellen – dem Markt einerseits und öffentlichen Leistungen andererseits – leben.

Zu den vom Markt lebenden Erwerbstätigen gehören z.B. Unternehmer, Landwirte, deren Mitarbeiter und die übrigen Mitarbeiter gewerblicher Unternehmen.
Bei den Freiberuflern gibt es solche, die für den Markt arbeiten wie z.B. die Rechtsanwälte, Architekten oder Vermessungsingenieure und andererseits Ärzte, Künstler oder Psychologen und andere, die von Transferleistungen leben.

Zu der letzteren Gruppe der von öffentlichen Leistungen Lebenden zählt das Statistische Jahrbuch die öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Justiz, Erziehung, Unterricht, Gesundheit, Sozialwesen.

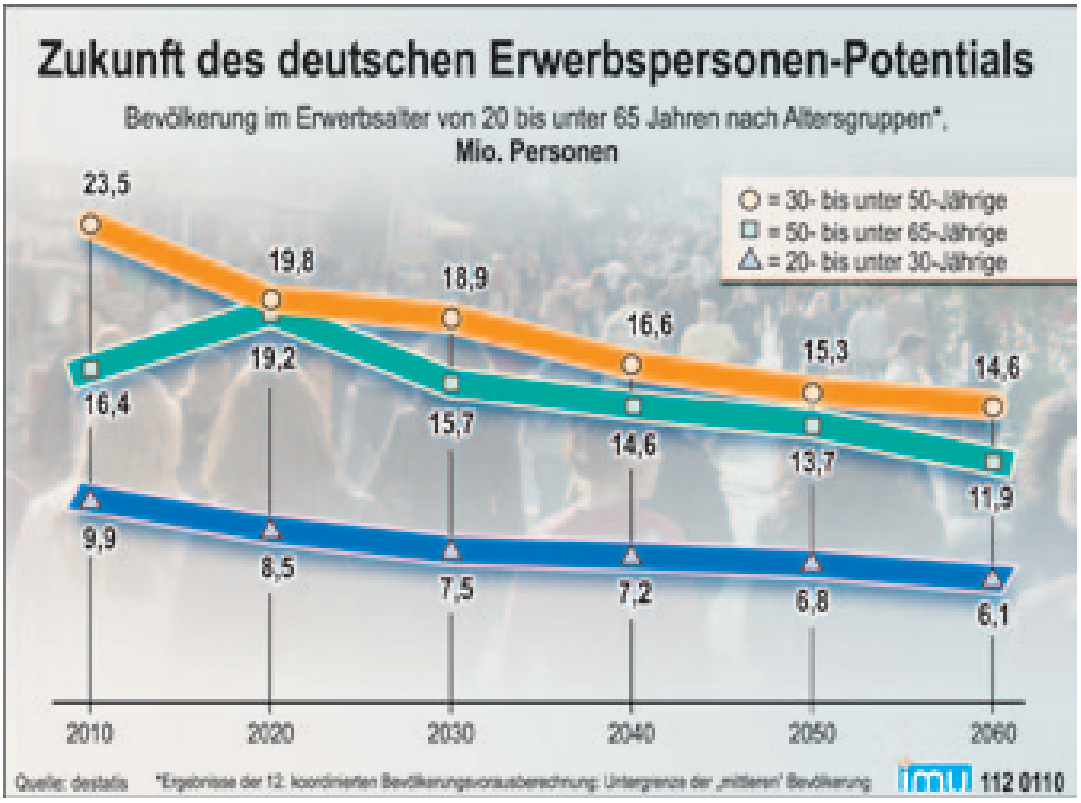
Praktisch gibt es also eine Pyramide der Einkommensquellen: Die Urquelle aller Einkommen sind die Unternehmer, welche aus eigener Kraft Unternehmen gründen, führen, Mitarbeiter einstellen und bezahlen und Steuern und Sozialabgaben leisten, damit der Staat wiederum Transferleistungen geben kann. Unsere 4,1 Mio. (5 Prozent) Unternehmer sind also die Kerntruppe nicht nur unserer marktwirtschaftlichen Leistung, sondern auch unserer Einkommensquellen.

Zwei Drittel Drohnen und ein Drittel Arbeitsbienen

23,7 Mio. Erwerbstätige (= 28,9 Prozent)

Foto: dpa/picture alliance

Hartz-IV-Empfänger Silvio B. aus Hannover nahm den Begriff der „sozialen Hängematte" wörtlich und kündigte seine Schwarzfahrt sogar noch an. Ein Gericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 500 Euro



Die Schere zwischen Leistungserbringern und Leistungsempfängern wird sich in den nächsten Jahren weiter öffnen, weil die Zahl der „starken Schultern", die diesen Sozialstaat tragen, geringer wird

leisten als Mitarbeiter in den Betrieben, in den freiberuflichen Praxen, in der Landwirtschaft und in allen anderen für den Markt arbeitenden Institutionen für den Markt. Die Unternehmer und ihre Mitarbeiter sowie die Mitarbeiter in gewerblichen Kapitalgesellschaften machen insgesamt 33,9 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Diese 33,9 Prozent der Bevölkerung haben 20,2 Mio. (24,6 Prozent) Rentner, 4,6 Mio. (5,6 Prozent) Arbeitslose und Sozialeinkommensbezieher sowie 6,2 Mio. (7,5 Prozent) öffentlich Beschäftigte zu unterhalten. Die Gruppe dieser von Transferleistungen der erstgenannten Gruppe über deren Steuern und Sozialabgaben Lebenden beträgt 37,7 Prozent der Gesamtbevölkerung – also deutlich mehr als diejenigen, welche für den Markt arbeiten und ihr Einkommen vom Markt beziehen.

Ein Volk, welches zwei Drittel Drohnen und nur ein Drittel Arbeitsbienen hat, muss unweigerlich zugrunde gehen.

Letztlich muss man auch die 23 Mio. (28,4 Prozent) Angehörigen aller vorgenannten Gruppen als solche betrachten, die direkt oder indirekt ebenfalls von der ersteren Gruppe der für den Markt Leistenden lebt, ganz gleich, ob es Angehörige der ersteren Gruppe oder der Transferleistungsbezieher sind.

Transfereinkommensbezieher und Angehörige zusammengenommen ergeben 66,1 Prozent, also zwei Drittel, der Gesamtbevölkerung. Mit anderen Worten: Etwa ein Drittel der Bevölkerung arbeitet für den Markt, um damit direkt oder indirekt zwei Drittel der Bevölkerung mitzuernähren.

Dass dieses Verhältnis nicht dauerhaft sein kann, zeigt wiederum der Blick auf ein Bienenvolk: Ein Volk, welches zwei Drittel Drohnen und nur ein Drittel Arbeitsbienen hat, muss unweigerlich zugrunde gehen, weil die Leistung der Arbeitsbienen für das Gesamtvolk nicht mehr ausreicht. Sie arbeiten mehr für andere als für sich selbst – genau wie unsere fleißigen Unternehmer und Arbeitnehmer auf dem Markt, welche mit dreifach so hohen Kosten wie ihr eigener Lohn im Betrieb leisten müssen, um zwei direkt oder indirekt (über Transferleistungen) von ihnen mitlebende Menschen unterhalten zu müssen.

Korrekturen nach der Krise

Die Krise zwingt jetzt zu Korrekturen. Dabei darf es bei Hartz IV nicht bleiben. Vielmehr kann eine Gesundung unserer Volkswirtschaft nur durch Senkung aller Transfereinkommen bei den öffentlich Beschäftigten erwartet werden. Noch traut sich niemand, dies zu sagen. Der Markt wird es aber wie in Griechenland erzwingen, weil eine zusätzliche Belastung der jetzt schon ausgebeuteten für den Markt Leistenden kaum mehr möglich ist, ohne mehr Schwarzarbeit und noch stärkere Flucht der Leistungsträger aus Deutschland zu provozieren. Schon jetzt werden die öffentlichen Haushalte bereits vom Sozialetat und von steigenden Zinsenlasten erdrückt. Die Staatsdiener jedoch verdienen nicht nur besser als je zuvor, sondern haben auch noch Existenzsicherheit in der Krise, was die Arbeiter auf dem Markt nicht genießen.

„WIR LEISTEN UNS EINEN LUXUS, DEN ES FRÜHER NUR IM ZOLLRECHT GAB“

DATEV-Vorsitzender Dieter Kempf zum deutschen Steuerrecht

Dieter Kempf, der Vorstandsvorsitzende des Nürnberger IT-Dienstleisters DATEV, ist mit seinen 5.600 Mitarbeitern und den 39.000 Mitgliedern aus den steuerberatenden Berufen sehr nahe dran am deutschen Steuer-Chaos. Daher haben seine Stellungnahmen zu steuer- und fiskalpolitischen Themen besonderes Gewicht. So beklagt auch er die Kurzatmigkeit der Diskussionen und die Trägheit der Politik bei der Vereinfachung des deutschen Steuerrechts.

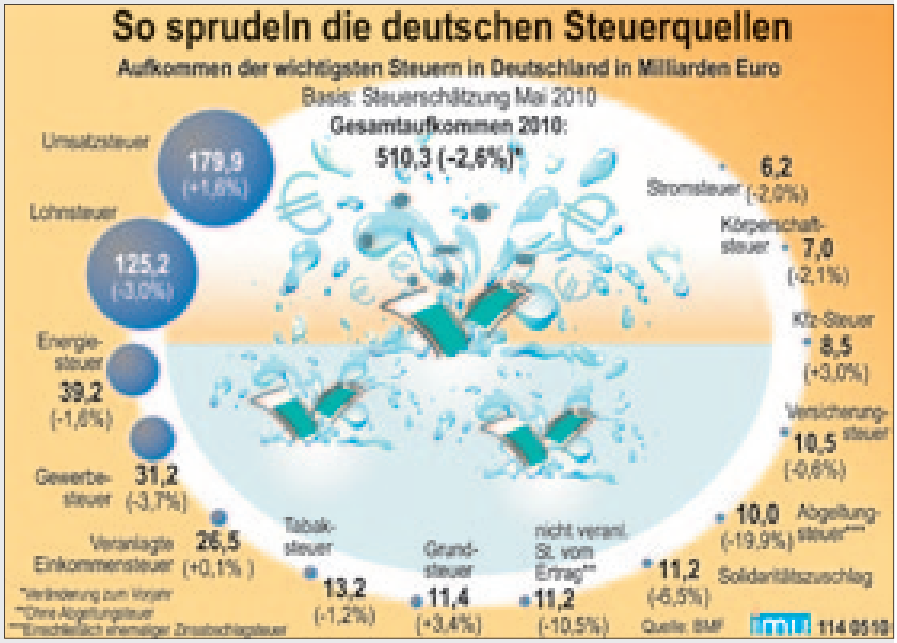
Mut zu neuen Ansätzen

Kempf: „Man ist sich ziemlich einig, dass es so nicht mehr lange weiter gehen kann. Offensichtlich aber sind immer weniger politische Grundsätze und langfristige Strategien die Basis für Lösungsansätze, sondern allzu oft der Blick darauf, welche Lösung zu besseren Ergebnissen bei der nächsten Sonntagsfrage führen könnte. Was wir aber brauchen, sind Politiker, die mit ihrem Mut zu neuen Ansätzen und Reformen das gesellschaftliche Umfeld nach ihren politischen Prinzipien mittel- und langfristig gestalten wollen. Dafür wurden sie gewählt.“

Eckpunkte einer Reform

Dieter Kempf hält folgende Punkte für wichtig, wenn man das deutsche Steuersystem grundlegend und umfassend modernisieren möchte:

- Es muss für den Bürger verständlich und sozial ausgewogen sein und sollte ihm möglichst wenig Zeitaufwand abverlangen.
- Es muss international wettbewerbsfähig sein.
- Es muss die Wettbewerbssituation deutscher und in Deutschland tätiger Unternehmen verbessern und sie nachhaltig und praxistauglich entlasten, vor allem von Bürokratie.
- Es muss die Autonomie der Kommunen stärken, indem es ihnen eine breitere Einnahmebasis und ein stetigeres Aufkommen verschafft – ohne Substanzbesteuerung.



- Es muss mittel- und langfristig kräftige Wachstumsimpulse setzen und damit zu mehr Steuereinnahmen und weniger Sozialausgaben beitragen.

Dieses Konzept, den Vorstellungen der „Stiftung Marktwirtschaft“ entlehnt, empfiehlt Kempf den Akteuren der Tagespolitik als Grundlage für ein leistungsfähiges und zukunftsträchtiges Steuerrecht.

Prof. Dieter Kempf (57), seit 19 Jahren bei Datev und seit 16 Jahren deren Vorstandsvorsitzender

Er selbst drückt sich nicht vor konkreten Stellungnahmen, hin und wieder leicht ironisierend: „Man könnte es auch nochmal mit einem Flat-Tax-System versuchen; aber daran haben wir schon mal einen der besten deutschen Steuerrechtler scheitern lassen.“ Auch sein Petitum zur Gewerbesteuer fällt eindeutig aus: „Ich halte die Gewerbesteuer für dringend reformbedürftig – ein völlig falsches System, das erkennbar nicht funktioniert.“

Es verwundert nicht, dass Kempf den aktuell verminderten Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen für einen Systemfehler und den Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent grundsätzlich für einen Sündenfall im Steuerrecht hält: „Wir leisten uns hier einen Luxus, den es früher nur im Zollrecht gab. Das muss dringend zurückgeschraubt werden auf die unabdingbaren Gegebenheiten des täglichen Bedarfs“.

„Ich verstehe nicht, warum ein Vater aus Sachsen mit seinem Sohn nach Fürth fahren muss, um ihm einmal zu zeigen, wie die Straßen in seiner ostdeutschen Heimat früher ausgesehen haben.“

Datev-Vorsitzender Dieter Kempf zur Diskussion um den Solidaritätszuschlag

Finanzierung in bewegten Zeiten

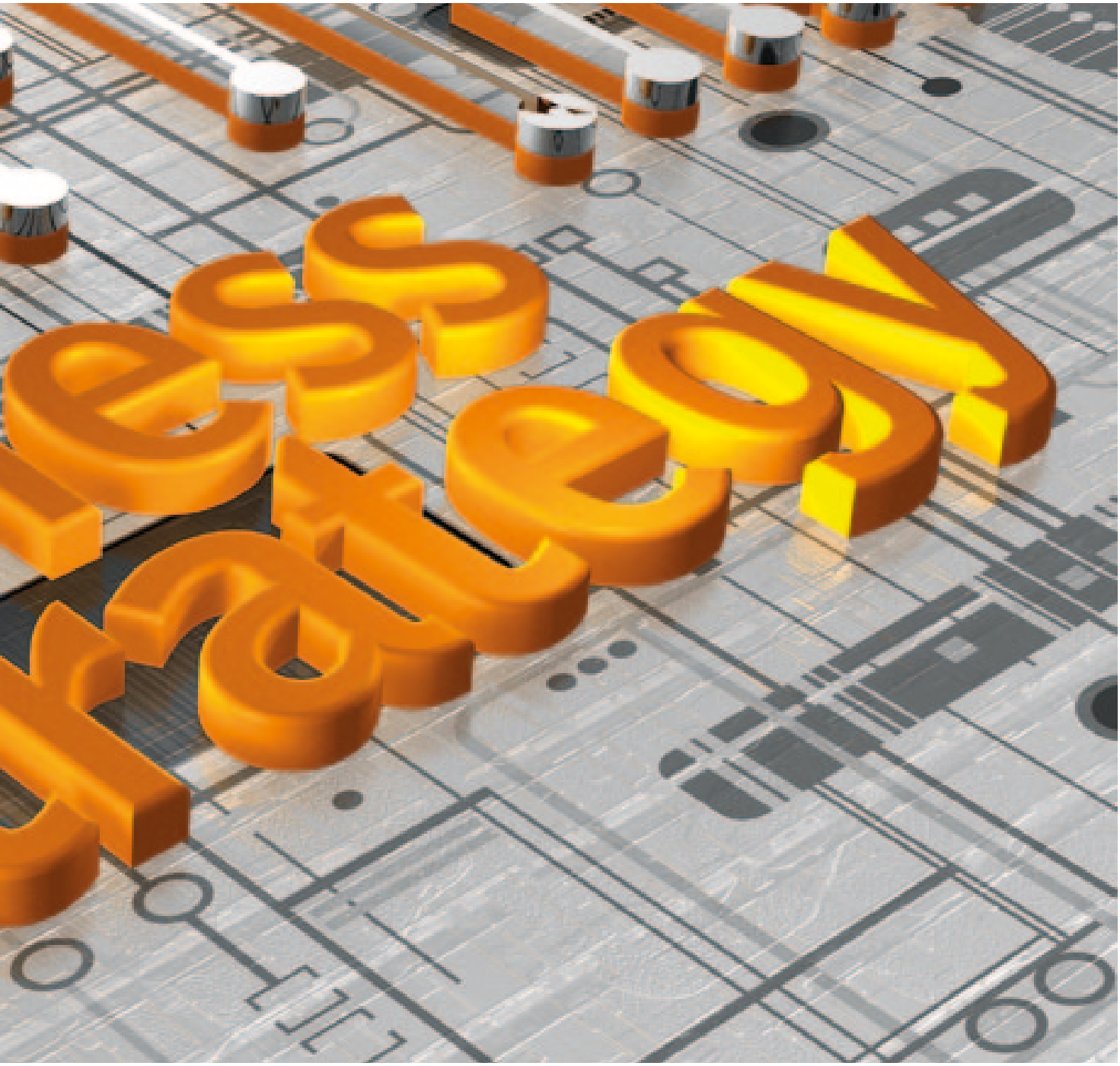
DIE WIRTSCHAFT ZIEHT WIEDER AN - DOCH WIE STEHT ES MIT DEN FINANZIERUNGSMÖGLICHKEITEN? EINE ECHTE KREDITKLEMME KONSTATIERT BISLANG NIEMAND. MEISTENS HÄNGT DIE KREDITVERGABE AB VON DER FIRMENSTRATEGIE UND DER OFFENHEIT DES CHEFS.

Von Silke Becker

Foto: Photopia

Schreckgespenst Kreditklemme: Immer wieder wurde sie befürchtet, doch bislang ist sie ausgeblieben. Zwar ist die Kreditvergabe in den letzten Quartalen massiv zurückgegangen, nach Angaben im KfW-Kreditmarktausblick vom Juni im ersten Quartal 2010 beispielsweise um 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Doch das liegt auch daran, dass die Unternehmen konjukturbedingt weniger Kredite nachfragen. Eine flächendeckende Kreditklemme wird von der KfW ausdrücklich verneint: In der KfW-Blitzbefragung vom Februar 2010 sagten 83 Prozent der befragten Finanzierungsexperten der Unternehmensverbände, dass Unternehmen mit einer durchschnittlichen Bonität kein grundsätzliches Problem hätten, eine Finanzierung zu erhalten.

Eine Sonderumfrage der Bundesbank unter ausgewählten deutschen Banken und Bankenverbänden vom Januar dieses Jahres bestätigt diese Einschätzung. Auch die Unternehmen selbst sehen es ähnlich: Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat im Rahmen seiner Konjunkturumfrage „Wirtschaftslage und Erwartungen, Frühsommer 2010“ über die Industrie- und Handelskammern (IHKs) rund 20.000 Unternehmen befragt. Die Ergebnisse sind eindeutig: Es gibt keine flächendeckende Kreditklemme in Deutschland. Dennoch berichten viele



der Befragten von einer restriktiveren Kreditvergabe: Rund 21 Prozent der Unternehmen konstatierten schlechtere Konditionen. Als wichtigste Gründe dafür wurden fehlende Sicherheiten, höhere Zinsen wegen gestiegener Risikoaufschläge sowie die Dokumentationspflichten genannt. Nach der aktuellen Unternehmensbefragung 2010 der KfW aus dem ersten Quartal dieses Jahres schätzte die Mehrheit (nämlich 55 Prozent) die Finanzierungsbedingungen als unverändert, allerdings berichteten sogar rund 42 Prozent der befragten 4.600 Unternehmen von einer restriktiveren Kreditvergabe. Nicht ganz so negativ bewertete das Ifo-Institut die Situation: Es konstatiert in seinem ifo Konjunkturtest vom Juni dieses Jahres, dass ca. 34 Prozent der befragten rund 4.000 Unternehmen die Kreditvergabe als restriktiv einstuften, diagnostiziert aber zugleich schon seit Monaten eine sinkende Kredithürde. Allerdings befürchten viele Experten, dass es mit der anziehenden Konjunktur und damit steigendem Finanzierungsbedarf demnächst zu Engpässen kommen könnte.

WEBTIPP

Der Bundesverband deutscher Banken hat die lesenswerte Broschüre „Vorbereitung auf das Bankgespräch“ herausgebracht. Kostenloser Download unter **www.bankenverband.de, Stichwort „Publikationen“**

„HANDSCHLAGGESCHÄFTE SIND HEUTE NICHT MEHR MÖGLICH“

Kaum ein Unternehmen kommt ohne Kredite aus. Lutz Kallmeter, Leiter des FirmenkundenCenters Spandau der Berliner Sparkasse, gibt Tipps für den Umgang mit der Bank.

Eines der wichtigsten Kriterien für die Kreditvergabe ist das Rating des Unternehmens. Wie kann man sein Rating verbessern?

Lutz Kallmeter: Genau das ist das Thema unserer jährlichen Bilanz-Ratinggespräche. Solides Wirtschaften und eine klare betriebswirtschaftliche Ausrichtung beeinflussen das Rating positiv. Pluspunkte gibt es zum Beispiel für eine fristgerechte bzw. zeitnahe Einreichung von BWA und Jahresabschluss. Sehr positiv wirkt es sich aus, wenn das Unternehmen ein wirksames Controlling hat und nicht nur Abschlüsse, sondern auch seine Planungen regelmäßig vorlegt. Gerade bei kleinen Unternehmen fehlt nämlich oft eine aussagekräftige Finanzplanung. Vorsicht bei Pfändungen, speziell von den Finanzbehörden oder den Krankenkassen, die auch gut geführte Unternehmen unerwartet treffen können: In diesem Fall muss man sofort reagieren, weil sich das sonst negativ auf das Rating auswirkt. Ebenfalls negativ wirken sich ungenehmigte Kontoüberziehungen aus.

Welche Kriterien sind für die Kreditentscheidung noch wichtig?

Kallmeter: Die Kapitaldienstfähigkeit, also die Fähigkeit des Unternehmens, Zins- und Tilgungszahlungen aus dem Cash-Flow zu leisten, muss gegeben sein. Viele Kreditanträge scheitern, weil der Unternehmer nicht begründen kann, wie die Raten tatsächlich bezahlt werden. Natürlich spielen auch die Sicherheiten eine Rolle. Bei Unternehmern ab 55 Jahren bringt außerdem eine Nachfolgeregelung Pluspunkte und wirkt sich zudem positiv auf das Rating aus. Ganz wesentlich ist auch die Beziehung zwischen Bank und Kunde. Wichtig sind dabei Offenheit und Transparenz, damit ein wirkliches Vertrauensverhältnis entstehen kann. Mindestens einmal pro Jahr sollte der Unternehmer aktiv das Gespräch suchen, um über die aktuelle Entwicklung des Geschäftes und über die anstehenden Planungen und Investitionsvorhaben zu sprechen. BWA und Jahresabschluss sollte man zeitnah einreichen. Hier sollte man nicht warten, bis die Bank anfragt, sondern von sich aus auf den Berater zugehen. Auch bei Problemen sollte man sich so früh wie möglich melden.

Was ist beim Jahresabschluss zu beachten?

Kallmeter: Wenn das Eigenkapital oder der ausgewiesene Gewinn sehr gering sind, was auch die Folge einer steuerlichen Optimierung sein kann, wirkt sich das negativ auf das Rating und die Beurteilung der Kapitaldienstfähigkeit aus. Geht es nach einem schlechten Jahr wieder aufwärts, sollte man die positiven Zahlen grundsätzlich so schnell wie möglich an die Bank weiterleiten, um das Rating wieder zu verbessern.

Lutz Kallmeter, Leiter des FirmenkundenCenters Spandau der Berliner Sparkasse

Welche Informationen braucht die Bank bei Investitionen über das geplante Vorhaben?

Kallmeter: Man sollte erklären können, welche positiven Effekte das Vorhaben auf die Firma haben wird und warum genau diese spezielle Investition für die Bedürfnisse der Firma optimal ist, also genau die Fakten nennen, die auch zur Entscheidung geführt haben. Da der Kundenberater diese Informationen an den Kreditsachbearbeiter weiterleitet, ist es empfehlenswert, das geplante Projekt knapp schriftlich darzustellen und dabei Rationalisierungseffekte sowie mögliche Marktpotenziale konkret zu benennen und nach Möglichkeit in Zahlen zu fassen.

Warum dieser ganze Papierkrieg, früher war das doch auch nicht nötig, oder?

Kallmeter: Bestimmte Dokumente, wie beispielsweise Jahresabschlüsse, musste man immer schon vorlegen. Daran hat sich nicht viel geändert, das kann ich nach dreißig Jahren Firmenkundenerfahrung schon sagen. Allerdings haben alle Banken seit 2004 aufgrund von Vorgaben der Bankenaufsicht Sachbearbeitung und Kundenbetreuung wesentlich strikter getrennt als früher. Der Sachbearbeiter entscheidet ausschließlich anhand der eingereichten Unterlagen über den Kredit und darf den Kunden nicht mehr persönlich kennen. Handschlaggeschäfte mit langjährigen guten Kunden sind heute einfach nicht mehr möglich. Deshalb ist es so wichtig, dass der Kunde alle notwendigen Dokumente sorgfältig und termingerecht zusammenstellt.

„EINE ALLGEMEINE KREDITKLEMME KANN ICH PERSÖNLICH NICHT BEJAHEN."

Andreas Weber (Name geändert) ist Inhaber einer kleinen Spedition in der Nähe von Freiburg. Hier berichtet er von seinen persönlichen Erfahrungen mit den Banken.

Ich arbeite insgesamt mit drei Kreditinstituten zusammen, davon ein regionales. Mitte 2008 bekam ich von einer dieser Banken ein Schreiben, dass sich aufgrund der wirtschaftlichen Situation mein Rating verändert habe und ich deshalb für Kredite zwei Prozent mehr Zinsen zu zahlen hätte. Ich war regelrecht geschockt: Wir haben ein 1A-Rating, unsere BWA und die Bilanzen lagen vor, wir haben Sicherheiten. Unsere Gewinne waren in den letzten Jahren immer konstant oder steigend, es gab auch in der Krise keine Einbrüche. Deshalb konnte ich absolut keinen Grund für diese Hochstufung erkennen.
Ich habe sofort den Filialleiter angerufen, doch der wusste von diesem Schreiben überhaupt nichts. Das kam aus der Zentrale, wo die Bank gerade umstrukturiert hatte. Der Filialleiter sagte mir, es liege nicht am Unternehmen, sondern an der gesamten Branche. Mein Ansprechpartner wusste aber auch nicht genau, welche Firmen im Einzelnen heruntergestuft worden waren. Das hatte die Zentrale Kreditabteilung entschieden, und der Filialleiter vor Ort hatte darauf keinen Einfluss.

Trotz aller Diskussionen blieb es dabei, das war so eine Art Kollektivhaftung, die ich absolut nicht eingesehen habe. Ich war stinksauer und habe seitdem mein Engagement bei dieser Bank massiv zurückgefahren. Für mich ist dieses Verhalten der Bank nicht nachvollziehbar, ich bin schon seit Jahren Kunde bei diesem Institut. Es war eigentlich geplant, dort einen regelmäßigen Geldumtausch durchzuführen. Ich habe nämlich immer etwa 120.000 Euro in sechs, sieben Fremdwährungen verfügbar, um damit Lieferanten zu bedienen. Daran hätte die Bank mit Sicherheit gut verdient, aber dieses Geschäft macht jetzt natürlich ein anderes Institut.

Bei der zweiten Bank gab es vor ein paar Jahren mal Diskussionen über den Kontokorrentkredit. Ich weiß aber nicht, inwieweit das mit der Finanzkrise zusammenhängt. Wir hatten einen bestimmten Zinssatz für unseren Kontokorrentkredit ausgehandelt, nutzen diesen Kredit aber nur sehr selten. Deshalb wurden plötzlich Bereitstellungszinsen verlangt. Ich war ziemlich

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 16

wütend und wollte das nicht bezahlen. Ich habe mich dann nach verschiedenen persönlichen Gesprächen mit dem zuständigen Mitarbeiter geeinigt, dass ich keine Bereitstellungszinsen zahle, dafür das Geld aber erst auf Anfrage nach 24 Stunden erhalte.

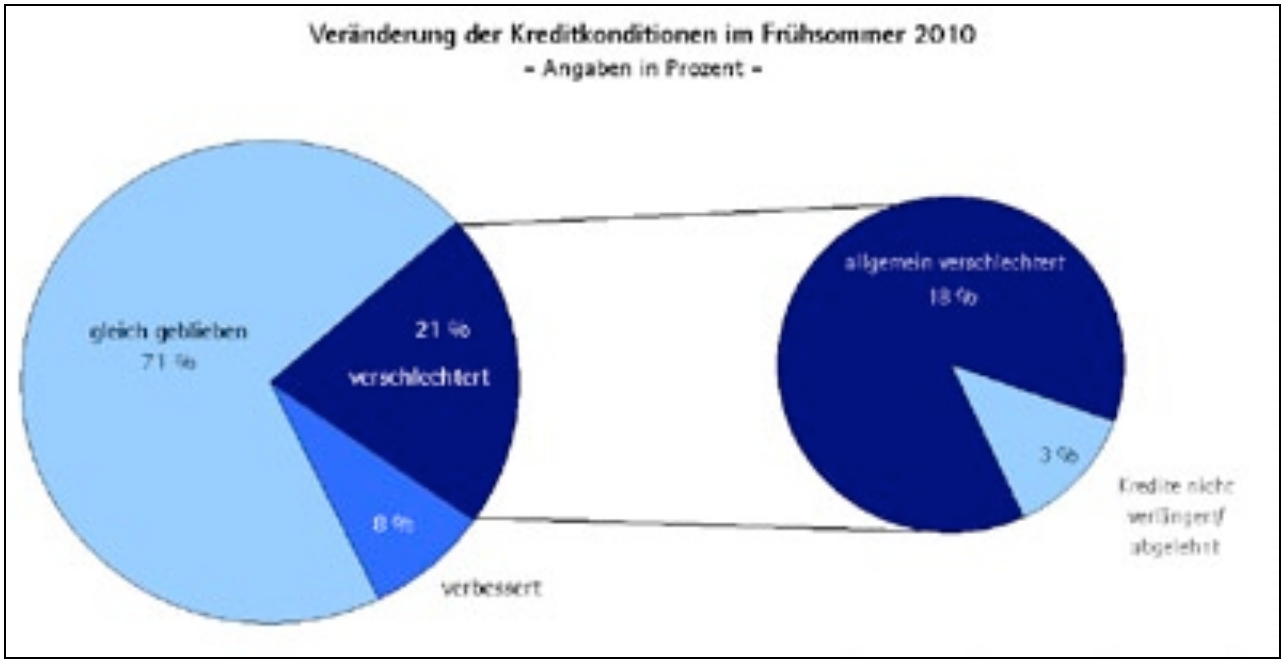
Bei der dritten Bank dagegen habe ich nur gute Erfahrungen gemacht, da kann ich mich absolut nicht beklagen. Beispielsweise brauchte ich im Frühjahr 2010 eine zusätzliche Bürgschaft über 50.000 Euro, weil ich einen neuen Kunden gewonnen hatte und deshalb die Besicherung meines Aufschubkontos beim Zoll aufgestockt werden musste. Bei dieser Bank ging das innerhalb von 14 Tagen, normal dauert so etwas drei bis vier Wochen. Da lief alles perfekt. Ich habe gespürt, dass der Banker ein Interesse daran hatte, mich als Kunden gut zu bedienen.

Von anderen Unternehmern höre ich teilweise, dass Finanzierungen wegen der Krise nicht gut laufen. Ich höre aber auch das Gegenteil, dass es absolut keine Schwierigkeiten gibt und die Finanzierungen normal durchlaufen. Dass es eine allgemeine Kreditklemme gibt, kann ich persönlich nicht bejahen. Ich habe aber den Eindruck, dass die Unterlagen sehr viel genauer geprüft werden als früher und dass das ganze Procedere länger dauert. Die Banker haben eben auch die Aufsichtsbehörden im Nacken, da muss alles ordnungsgemäß aufbereitet und dokumentiert sein. Wenn man alle Unterlagen vorlegt, wie es gewünscht wird, hat man keine Probleme, aber das macht natürlich viel Arbeit. Ich denke, dass die Qualität der Zusammenarbeit und die Reputation des Unternehmens eine immer größere Rolle spielen.

DIESE DOKUMENTE BENÖTIGT DIE BANK FÜR DIE KREDITENTSCHEIDUNG

Ein Tipp: Diskutieren Sie das geplante Vorhaben frühzeitig mit dem Kreditinstitut! Nur so kann man die Weichen richtig stellen und beispielsweise öffentliche Fördermittel fristgerecht beantragen. Für den Kreditantrag benötigt die Bank je nach Vorhaben:

- aktuelle BWA mit Summen- und Saldenliste, möglichst vom Steuerberater bestätigt
- Auftragsbestand, Debitoren- und Kreditorenliste
- Rentabilitäts- und Liquiditätsvorschau
- Jahresabschluss
- Planung für die nächsten drei Jahre
- Unterlagen zur Sicherstellung
- Einkommens- und Bonitätsunterlagen zu den handelnden Personen
- empfehlenswert: Beschreibung des Investitionsvorhabens



Quelle: DIHK-Umfrage „Kreditkonditionen“ – Frühsommer 2010

INTERVIEW

„Es fehlt der Teamgeist“

MU-Vorsitzender Hans Michelbach, MdB, zur Lage der Berliner Koalition und zum Verhalten ihrer Führung

Die christlich-liberale Koalition hat nach dem holprigen Start nun ein sehr ambitioniertes Sparpaket vorgelegt. Schafft Deutschland damit die Umkehr von der Politik auf Pump?

Hans Michelbach: Ich denke, wir haben diese Kehrtwende nicht nur zu Hause geschafft, sondern auch international. Die G20-Ergebnisse von Toronto bestätigen, dass wir auf dem richtigen Kurs sind. Mehr noch - Toronto zeigt: Die vereinigte rot-rot-grüne Linke ist mit ihrer Voodoo-Ökonomie der Schuldenvermehrung weltweit isoliert. Wir sollten bei der Konsolidierung aber noch mehr Gas geben. Je rascher die Neuordnung der öffentlichen Haushalte gelingt, desto schneller kommen wir zu neuen Zukunftsperspektiven für Wachstum und Beschäftigung.

Nach der turbulenten Wahl des Bundespräsidenten wurde die Handlungsfähigkeit der Koalition angezweifelt. Warum kommt die Regierung nur so schwer in Gang? Welche Projekte müssen von der Regierung in Angriff genommen werden?

Michelbach: Es ist ja nicht so, dass wir nichts erreicht haben. Die bisherige Bilanz kann sich sehen lassen: Entlastungen für Bürger und Mittelstand, die Wende in der Haushaltspolitik - und nicht zuletzt neues Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslosigkeit.

Dennoch: Die Vorgänge bei der Präsidentenwahl zeigen, dass etwas nicht stimmt. Es fehlt der Teamgeist. Das ist vor allem eine Folge von Führungsverhalten. Da muss sich einiges ändern. Wir brauchen keine neuen Projekte! Unser ordnungspolitischer Kurs muss nur endlich stringent sein. Schwarz-Gelb ist nicht angetreten, um die große Koalition fortzusetzen, auch wenn nicht wenige in den Reihen der Union so tun. Über Einwände aus den Parteien darf nicht einfach hinweggehört werden. Politik muss vermittelt und nicht administriert werden.

Die Regierung plant die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Kann Energie somit langfristig bezahlbar bleiben?

Michelbach: Wir kommen um längere Laufzeiten gar nicht herum, wenn wir Energie zu vertretbaren Preisen und die Einhaltung von internationalen Umweltvereinbarungen sichern wollen. So genannte erneuerbare Energien sind erst dann eine Alternative, wenn sie einen sicheren Beitrag zur Grundlast liefern. Davon ist man noch weit entfernt. Die Folge sind Preis treibende Doppelinvestitionen. Wir brauchen eine energiepolitische Diskussion ohne ideologische Scheuklappen. Andernorts – etwa in Großbritannien - sind sogar neue Kernkraftwerke in Planung. Dort ist man bestimmt nicht weniger sicherheitsbewusst als bei uns.

Dr. h.c. Hans Michelbach ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2002 vertritt er dort den Wahlkreis Coburg. Seit 2000 ist er Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Fraktion und seit 2009 Obmann der Fraktion im Finanzausschuss. Seit 2000 ist er Landesvorsitzender der Mittelstands-Union und stellvertretender Bundesvorsitzender der MIT.

Die Koalition will den Krankenkassenbeitrag anheben. Warum soll jetzt im Aufschwung Arbeit wieder teurer werden?

Michelbach: Das ist so ein Beispiel fehlender ordnungspolitischer Stringenz, von der ich eben sprach. Das Ergebnis kann uns Mittelständler nicht zufrieden stimmen. Ganz ehrlich: Ich bin enttäuscht. Wir hätten mehr Wettbewerb zwischen den Kassen und den Leistungsanbietern gebraucht, die Durchforstung des Leistungskatalogs, Bürokratieabbau und mehr Eigenverantwortung der Versicherten. Vor allem der Gesundheitsfonds hätte fallen müssen. Er ist und bleibt ein unnützer Kostentreiber. Die Chance ist leider vertan. Ich fürchte, in dieser Legislaturperiode wird niemand mehr das Thema anfassen.
Dass der Beitragsanteil der Unternehmen eingefroren werden soll, ist ein gewisser Trost. Es macht die Entwicklung für uns Unternehmer kalkulierbarer. Glücklich können wir nicht sein.

Die MU bewirbt sich um die Ausrichtung der Bundesdelegiertenversammlung 2011. Wie sieht das Konzept der MU aus?

Michelbach: Für uns wäre es eine große Ehre, nach langer Zeit wieder die BDV ausrichten zu dürfen. Unsere Wahl fiel im Landesvorstand dabei einstimmig auf Deggendorf. Und dafür gibt es gute Gründe: In Deggendorf haben wir mit Peter Erl einen sehr aktiven Bezirksvorsitzenden, der ein überzeugendes Konzept vorgelegt hat, bei dem zudem die Finanzierung gesichert ist. Mit seiner guten Infrastruktur, seiner Anbindung an Flughafen, Autobahn und Zug sowie seinen vielen guten Hotels ist Deggendorf ein idealer Austragungsort.

Die Fragen stellte Stephan Ebner

Weltweit werden mit Cloud-Diensten bereits heute Umsätze im zweistelligen Milliarden Dollar-Bereich erzielt. In den nächsten Jahren werden Wachstumsraten von 30 Prozent und mehr erwartet

Warten auf die Wolke

Während sich Cloud Computing andernorts längst erfolgreich im Geschäftsalltag etabliert hat, ist die „Wolke" hierzulande noch nicht angekommen. Gerade einmal neun Prozent der deutschen Firmen bejahten jüngst im Rahmen einer Techconsult-Untersuchung den Einsatz entsprechender Technologien in ihrem Hause – nur ein Prozent befindet sich in der Testphase. Die Zurückhaltung verwundert, da insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen enorm von Cloud Services profitieren können.

IT-Experten und Analysten sind sich einig: Cloud Computing ist nicht bloß ein Hype, sondern die nächste große technische Revolution. Hinter der Wolke (engl. Cloud) steckt die Idee, immer mehr Dienste von lokalen PCs loszulösen und ins Internet zu verlagern. Ganz neu ist dieses Vorhaben nicht. Unter Schlagwörtern wie Application Service Providing (ASP), Software as a Service (SaaS), Grid und Utility Computing wurde in der Vergangenheit schon häufiger Anlauf genommen, Programme oder Rechenleistung über Datennetze anzubieten – ein Durchbruch auf breiter Basis gelang jedoch nicht. Nun halten Branchenkenner die Zeit für reif. Was sie zuversichtlich stimmt: Technik und Konzepte sind inzwischen deutlich weiterentwickelt worden.

Cloud Computing?

Privat ist die Wolke den meisten Internet-Nutzern längst bestens vertraut, schließlich bewegt man sich beim Schreiben von E-Mails ebenso in ihr wie beim Hochladen von Fotos in Soziale Netzwerke oder Anschauen von Videoclips. Grund: Die Server, die diese Services verarbeiten, sind in der Regel rund um den Erdball verteilt. Die Bilanz in deutschen Firmen sieht allerdings ernüchternd aus. Die Marktforscher von IDC haben ermittelt, dass sich das Gros der hiesigen Betriebe bisher gar nicht mit Cloud Computing beschäftigt hat. Mehr noch: Viele Unternehmer wissen nicht einmal, was mit dem Begriff gemeint ist.

Wer bei Google nach einer Definition von Cloud Computing sucht, erhält fast zwei Millionen Treffer. Eine verbindliche, allseits anerkannte Erklärung existiert indes nicht. Die Experton Group hat vor Kurzem eine Benchmark-Studie zum Thema veröffentlicht und sich beispielsweise für folgende Variante entschieden: „Cloud Computing beschreibt ein neues Computing-Paradigma, nachdem IT-Ressourcen (CPU, Speicher, Applikationen, Daten) dynamisch über das Internet bereitgestellt, gemanaged und abgerechnet werden." Die fünf Hauptmerkmale sind:

- Bereitstellung nach Self-Service-Modell,
- orts- und geräte-unabhängiger Zugriff über IP-Netze,
- dynamisches Kapazitätsmanagement für hohe Skalierung,
- abstrahierte, virtualisierte Infrastruktur für standardisierte Auslieferung
- und nutzungsabhängige Bezahlung.

Weitgehend akzeptiert ist ein Drei-Ebenen-Modell zur Beschreibung der Cloud-Angebote. Je nach Verwendungszweck wird hier zwischen Hardwarekomponenten („Infrastructure as a Service"), Entwicklungsumgebungen („Platform as a Service") und Programmpaketen („Software as a Service") unterschieden. Sämtliche „as a Service"-Leistungen sind on demand, also auf Abruf, verfügbar und lassen sich modular kombinieren. Der Zugang kann individuell geregelt sein („Private Cloud") oder öffentlich erfolgen („Public Cloud"). Auch eine gemischte Einsatzform („Hybrid Cloud") ist möglich.

Chance für kleinere Firmen

In der Praxis zeigt sich, dass sich insbesondere kleinere Firmen und Mittelständler offenbar nicht recht für Cloud Computing erwärmen können. Dabei bieten sich ihnen durch die Technologien völlig neue Perspektiven. Denn statt weiterhin teure Software-Lizenzen erwerben zu müssen und viel Geld in Hardware zu stecken, die mitunter nur teilweise ausgelastet wird, können sie die benötigten Ressourcen einfach anmieten. Mit relativ überschaubaren Finanzmitteln erhalten Unternehmen auf diese Weise Zugang zu ausgereiften Anwendungen und einer professionellen IT-Infrastruktur, die sie sich sonst vielleicht nie hätten leisten können. Für Existenzgründer bedeutet das, sie können den Sprung in die Selbstständigkeit künftig ohne die Last hoher Anfangsinvestitionen in den IT-Bereich wagen.
Gefragt ist auf der Anwenderseite bislang vor allem die Software aus dem Netz. Vom Instant Messaging, über geschäftsanalytische Business-Intelligence-Lösungen bis hin zu Programmen zum Managen von Kundenbeziehungen (CRM) reicht die Auswahl schon jetzt. Und das Angebot wächst täglich weiter. Der Provider 1&1 etwa hat seine Mail-, Shared-Hosting- und Server-Pakete gerade erst um eine kostenfreie Office Suite erweitert. Die Cloud-Applikation ist komplett im Browser lauffähig, so dass Texte, Tabellen und Präsentationen überall bearbeitet werden können – lediglich eine Internet-Verbindung ist erforderlich. Da die Dokumente zentral gespeichert werden, liegt jedem Kollegen immer die aktuellste Dateiversion vor. „Mit 1&1 Online Office bieten wir kleineren Unternehmen und Mittelständlern eine ideale Lösung an, um alle wichtigen Arbeitsunterlagen auch außerhalb der Büroräume stets griffbereit zu haben und so beispielsweise auf kurzfristige Änderungen schnell reagieren zu können", sagt 1&1-Vorstandssprecher Robert Hoffmann.

Umsatzplus durch Cloud Computing

Die Anbieter der Mietsoftware übernehmen zugleich die komplette Administration (Wartung, Updates etc.). Dadurch sinkt die Notwendigkeit, eigene Computer-Spezialisten zu beschäftigen. Eine Tatsache, die nicht zuletzt für Betriebe mit ohnehin dünner Personaldecke äußerst interessant ist. Statt interne Fachkräfte abzustellen, die sich mit komplexen Systemen auseinandersetzen, können sich Firmen so wieder voll und ganz auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Neben der Zeit- und Kostenersparnis eröffnen sich ihnen dank Cloud Computing darüber hinaus enorme Freiheiten, weil die genutzten IT-Ressourcen jederzeit an die eigenen Bedürfnisse angepasst werden können. Wo immer der Ressourcen-Bedarf nicht genau kalkulierbar ist oder sich häufiger ändert, können Cloud-Lösungen folglich eine echte Alternative sein. Deutlich wird dies beim Dynamic Cloud Server von 1&1.

Prozessorleistung, Arbeitsspeicher und Festplattenplatz können bei diesem neuen Server-Modell während der gesamten Vertragslaufzeit flexibel konfiguriert werden. Erstmals ist es bei dieser Lösung sogar möglich, zwischen den Betriebssystemen Linux und Windows zu wechseln. Berechnet wird jeweils nur die Leistung, die man auch wirklich nutzt. Sollten im Zuge einer erfolgreichen Werbekampagne plötzlich sehr viele Webseiten-Besucher angezogen werden, kann die Serverleistung ganz einfach erhöht werden.

„Gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen wie heute spielt Flexibilität für Firmen eine große Rolle", betont Robert Hoffmann. Und wie der „SMB IT and Hosted IT Index 2010" belegt, kann sich Cloud Computing hier im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt machen. Trotz Wirtschaftskrise konnten der Erhebung zufolge nämlich mehr als 40 Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Cloud- oder Hosting-Diensten vertrauen, in den vergangenen zwölf Monaten ein Umsatzplus von mindestens 30 Prozent verbuchen.

Weltweit werden mit Cloud-Diensten bereits heute Umsätze im zweistelligen Milliarden Dollar-Bereich erzielt. In den nächsten Jahren werden Wachstumsraten von 30 Prozent und mehr erwartet.

Bank zu Schadenersatz verurteilt

Verzockt: Das OLG Stuttgart verurteilte eine Bank zur Schadenersatzleistung, weil sie einen Kunden zu einem glücksspielartigen Zinsswap-Vertrag geraten hatte

Der für das Bankrecht zuständige 9. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart hat ein deutsches Kreditinstitut verurteilt, an einen Bankkunden Schadenersatz in Höhe von über 1,5 Millionen Euro zu zahlen.

Der Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die Bank hatte ihrem Kunden, einem großen mittelständischen Unternehmen, zwei Zinsswap-Verträge zum Zwecke der „Zinsoptimierung" angeboten und empfohlen. Bei einem Zinsswap vereinbaren die Parteien den Austausch von Zahlungsströmen. Die Bank verpflichtete sich, an den Kunden für die Dauer von fünf Jahren Zinsen in Höhe eines festen Zinssatzes aus einem fiktiven Betrag (hier fünf Millionen Euro) zu zahlen. Der Kunde verpflichtete sich im Gegenzug, einen nach einer komplizierten Rechenformel und in Abhängigkeit zu der Kursentwicklung von Interbankenzinssätzen zu berechnenden Zinssatz an die Bank zu zahlen. Dabei gewinnt die Seite, die während der Laufzeit des Vertrages an die andere Seite weniger gezahlt hat. Dem Kunden ist ein Schaden in Höhe von über 1,5 Millionen Euro entstanden.

In der Vorinstanz hat das Landgericht Stuttgart der Klage des Kunden unter Berücksichtigung eines 50prozentigen Mitverschuldens stattgegeben. Die Berufung des Kunden hatte Erfolg. Das Oberlandesgericht verneinte ein Mitverschulden des Kunden und beurteilt den Sachverhalt wie folgt: Die Bank habe ihrem Kunden verschwiegen, dass die Gewinn- und Verlustchancen von Swap-Verträgen nur auf der Grundlage von der in der Finanzwirtschaft vorgeschriebenen Wahrscheinlichkeitsberechnungen mit Risikomodellen beurteilt werden können. Sie habe dem Kunden daher nicht den falschen Eindruck vermitteln dürfen, er könne die Erfolgsaussichten der angebotenen Verträge auf der Grundlage seiner „Zinsmeinung" über die voraussichtliche Entwicklung der Interbankensätze abschätzen.

Nach Ansicht des Oberlandesgerichts handelt es sich bei dem Swap-Vertrag um eine Art von Glücksspiel, das der Kunde mit seiner pauschalen Zinsmeinung gegen die Bank mit ihren hoch entwickelten Rechenmodellen spiele. Dies sei dem Kunden nicht bewusst. Weiter beanstandete das Oberlandesgericht, dass die Bank selbst die Zinsswap-Verträge mit Hilfe ihrer Risikomodelle so konstruiert habe, dass der Kunde wahrscheinlich einen Verlust erleiden werde. Die Bank sei als Beraterin verpflichtet, die Interessen ihrer Kunden zu wahren. Ihr sei bekannt, dass ihre Kunden Gewinne erzielen wollen. Sie dürfe daher kein Geschäft zur „Zinsoptimierung" anbieten oder gar empfehlen, wenn sie einen Verlust des Kunden für wahrscheinlich halte. Schließlich beanstandete das Oberlandesgericht inhaltlich fehlerhafte Informationsunterlagen der Bank. Unter diesen Umständen sei für ein Mitverschulden des Kunden kein Platz. Die Revision für die Bank wurde nicht zugelassen.

Dr. Günther Hemmerling
Rechtsanwalt in Freiburg

LESERBRIEF

Sehr geehrte Damen und Herren!

In Ihrer Ausgabe 6/2010 veröffentlichen Sie ein Titelbild der Zeitschrift „Wirtschaftswoche", das eine Todesanzeige für den Euro darstellt und fragen: „Schwarzmalerei oder Realitätssinn derer, die näher am Geschehen sind?". Meine Antwort: Weder noch, sondern unverantwortliche Panikmache! – Und Sie glauben auch noch, diesen Quatsch nachdrucken zu müssen!

Vielen Dank und freundliche Grüße

Dieter Nannen
Uplengen

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande. **leserbriefe@mitmagazin.com**

REISEKOSTEN-MANAGEMENT

Viel ungenutztes Potenzial

Eine gute Chance, als Unternehmen im Markt noch stärker als bisher zu agieren, liegt in der Optimierung betrieblicher Abläufe. Prozessoptimierungen gepaart mit dem stringenten Einsatz von IT-Werkzeugen können vor allem bei Mittelständlern zu erheblichen Kostensenkungen und zum effizienteren Einsatz personeller Ressourcen führen.

Am Beispiel des Reisekostenmanagements lässt sich exemplarisch darstellen, welche Effizienzsteigerungen sich durch den flexiblen Einsatz entsprechender Werkzeuge erzielen lassen. Zielgruppen hier sind beispielsweise vertriebsorientierte Branchen wie Pharma, Maschinen- und Messebau, Unternehmen mit starkem Außenhandel, Presse- und Medien und andere Branchen.

Teilweise noch archaisch

Professionelles Reisekostenmanagement ist eine der Tätigkeiten, die vor allem in mittelständischen Unternehmen meist nur als notwendiges Beiwerk zur Reisetätigkeit angesehen und häufig nur sehr laienhaft durchgeführt wird. Immerhin zeigt die aktuelle Konradin Studie "Geschäftsreisen", dass von allen Aktivitäten rund um das Travelmanagement in der Reiseabrechnung die höchsten Optimierungspotenziale stecken.

Deshalb verwundert es nicht sonderlich, dass auch das Reisekostenmanagement in diesen Unternehmen nach wie vor manuell und mit Unterstützung einfachster Werkzeuge, beispielsweise einer Tabellenkalkulation und mit viel Papier, erledigt wird. Professionelle Lösungen im Reisekostenmanagement sind so konzipiert, dass die verschiedenen Schritte, von der Bewilligung der Reise und damit der Reisekosten, über die Abrechnung, die Einbindung der Kreditkartenbelege und die Gegenzeichnung, bis zur Überführung ins Rechnungswesen, automatisiert ablaufen.

Massive Vorteile ungenutzt

Die aktuellste Untersuchung des Verbands Deutsches Reisemanagement (VDR) zeigt, dass die administrativen Kosten zur Organisation und Abrechnung von Reisekosten zur Zeit bei circa 4,6 Prozent des gesamten Reisekostenaufwands liegen und insgesamt circa 2,2 Milliarden Euro deutschlandweit ausmachen. Fast 50 Prozent entfallen dabei auf den Arbeitsaufwand zur Abrechnung der Geschäftsreisen. Durch optimierte Verfahrensweisen lassen sich laut European Expense Management Studie von American Express & AT Kearney die Aufwände alleine im Reisekostenabrechnungsprozess um etwa 25 Euro pro 1.000 Euro Reisekosten oder 54 Prozent der Abrechnungskosten senken. 85 Prozent aller mittelständischen Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern und

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

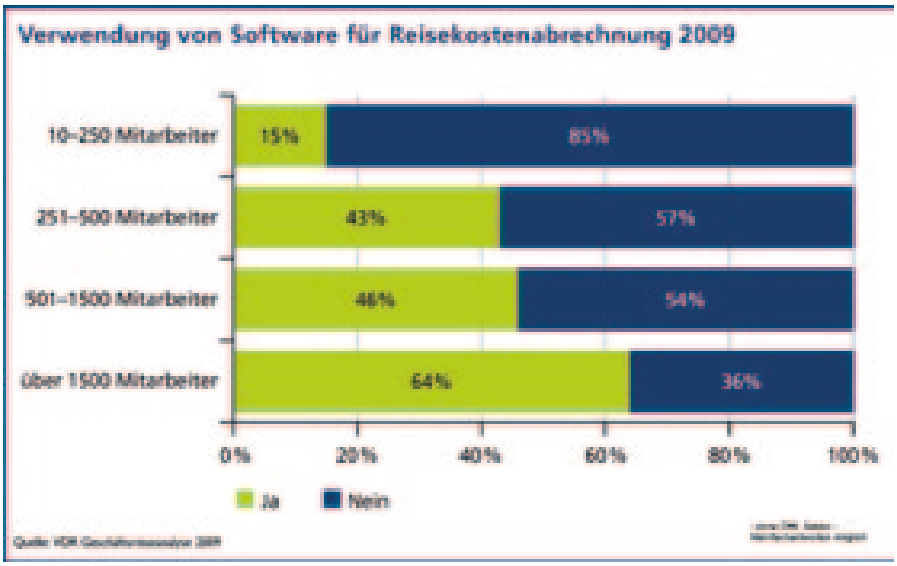
develoPPP.de

Nutzen Sie die Chancen in Entwicklungsländern!

Wer Wertschöpfung global denkt, kennt keine weißen Flecken auf der Weltkarte. Denn Kunden und Lieferanten in den Märkten von morgen haben viel zu bieten. Mit dem Programm develoPPP.de unterstützt das BMZ Unternehmen bei der Umsetzung von Projekten in Entwicklungsländern, die einen spürbaren und langfristigen Nutzen für die Menschen vor Ort haben. So sichern wir gemeinsam den Erfolg Ihrer innovativen Ideen und schaffen die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung.

Unser Angebot:
- Wir beteiligen uns an der Finanzierung Ihrer Maßnahmen mit bis zu 50 % des Gesamtvolumens
- Unsere Expertenteams in Deutschland und in den Partnerländern unterstützen Sie
  - bei der Projektentwicklung und Umsetzung
  - beim Zugang zu wichtigen Partnern
  - beim Eintritt in neue Märkte

Weitere Informationen finden Sie unter: **www.develoPPP.de**



Die Mehrheit der Mittelständler mit bis zu 1500 Mitarbeitern setzt noch keine Reisekostensoftware ein

selbst mehr als der Hälfte aller Firmen mit bis zu 1500 Mitarbeitern setzen noch keine Reisekostensoftware ein. Da lässt sich leicht ausrechnen, welches Optimierungspotenzial sich hier verbirgt. Immerhin geht es um fast 400.000 Betriebe mit knapp 20 Millionen Mitarbeitern.

Einfache Bedienung - hohe Flexibilität

Doch um die Verantwortlichen in einem mittelständischen Betrieb dazu zu bringen, sich eine entsprechende Abrechnungssoftware anzuschaffen, muss eine solche neben einer Kosten-/Nutzen-Abwägung noch einige andere Kriterien erfüllen. Vor allem muss eine Software, ganz gleich welche, einfach zu erlernen und – am besten intuitiv - zu bedienen sein. Das erhöht die Akzeptanz bei den Anwendern und senkt die Nutzungskosten aufgrund eines geringen Schulungsaufwands. Ebenso dürfen Installation und Implementierung keine großen Budgets verschlingen, und interne Ressourcen dürfen für die Implementierung nicht oder nicht lange blockiert werden. Nicht zuletzt sind vor allem für Mittelständler Softwaremodelle interessant, die ihnen eine maximale Flexibilität, eine bei Wachstum gute Skalierbarkeit und eine übersichtliche Kostenkontrolle erlauben.

Software als Service?

Ein Geschäftsmodell, das quasi alle zuvor erwähnten Parameter beinhaltet und erfüllt, das sich zunehmender Beliebtheit vor allem im Mittelstand erfreut und das auch als Lösung im Reisekostenmanagement angeboten wird, wäre idealerweise eine Lösung als Software-as-a-Service (SaaS). Bei diesem Modell zahlt der Anwender nur die wirkliche Nutzung der Software und nicht einen fest vereinbarten Lizenzpreis, die Lösung muss nicht im Haus installiert werden und der Anwender greift über einen Standard-Webbrowser auf die Lösung zu. Nicht einmal das Einspielen von neuen oder leistungsfähigeren Versionen bekommt der Anwender mit. Und es gibt keine Rechner-Ausfallzeiten wie bei den bei anderen Lizenzmodellen sonst üblichen Aktualisierungen.

Was die Nutzungskosten angeht, sind SaaS-Modelle einfach strukturiert: Unternehmen zahlen bei der SaaS-Variante nur eine geringe Pauschale nach Person und/oder Monat, unabhängig von der Anzahl der durchgeführten Reisen je Person. Alternativ: Das Unternehmen zahlt pro durchgeführter und abgerechneter Reise. Standard Lizenzgebühren, die über einen bestimmten Zeitraum, meistens ein Jahr, erhoben werden, entfallen. Im Hinblick auf die Vertragslaufzeiten gelten meist monatliche Kündigungsfristen, so dass ein Nutzer bei Bedarf jederzeit seinen Anbieter wechseln kann. Oder aber: Wenn keine Reisen anfallen, fallen auch keine Kosten an.

Vollständige Integration

Mittlerweile tummeln sich einige Reisekostensoftware-Anbieter im Markt. Als einer der Pioniere weltweit in diesem Segment bietet der Freiburger Softwarehersteller HRworks seine Lösung bereits seit Ende der 90er Jahre sogar als SaaS-Lösung an. Interessant bei deren Software, die auch in ein gegebenenfalls bereits bestehendes Portal einbindbar ist, ist zusätzlich die Integration einer Workflow-gesteuerten Abwesenheitsverwaltung, in der Arbeitspläne hinterlegt, sowie die automatisierte Beantragung und Berechnung von Urlaub und anderen Abwesenheiten der Mitarbeiter verwaltet werden können. Darüber hinaus lassen sich über eine integrierte Arbeitsmittelverwaltung Handys, Laptops, Arbeitskleidung, Zeitschriftenabos und mehr verwalten.

Wie auch in anderen professionellen SaaS-Lösungen üblich, können die Nutzer von jedem PC aus mittels Passwort und Zugangskennung auf ihre jeweiligen Daten zugreifen und – in diesem Fall - die Reisekostenabrechnung selbst weitestgehend vorbereiten. Weiterer Vorteil: In der Software stehen stets alle Wechselkurse tagesaktuell zur Verfügung, und alle Eingaben werden automatisiert mit den jeweils gültigen gesetzlichen Bestimmungen abgeglichen bzw. darauf abgeprüft. Auch die Nutzung von Kreditkarten, hierbei erfolgt das automatisierte Einspielen aller Belege bei Bezahlung mit einer Kreditkarte in die Reisekostenabrechnung, vereinfacht die Abrechnung der Geschäfts-/Dienstreise noch einmal erheblich.

REISEKOSTEN-MANAGEMENT

Im Grunde genommen spricht alles für den Einsatz einer IT-gestützten Lösung: Prozesse werden optimiert, Zeit eingespart und Ressourcen freigesetzt, Kosten und Papieraufkommen reduziert, die Flexibilität im Unternehmen wird erhöht, die Mitarbeiterzufriedenheit steigt. Gegen den Einsatz solcher Lösungen gibt es wenig Einwände, es sei denn, entweder ist das Geschäftsreiseaufkommen sehr gering oder man verfügt im Unternehmen bereits über eine solche Lösung. Auf jeden Fall erhöht es die Wettbewerbsfähigkeit zumindest gegenüber denen, die derlei Programme noch nicht einsetzen.

DATEV: Guter Start mit neuer Software

Die DATEV eG hat sich 2009 sehr gut am Markt für Software und IT-Dienstleistungen behauptet. Ihr Umsatz wuchs mit 3,5 Prozent (Vj. 5,8 Prozent) stärker als die Branche in Deutschland. Nach Angaben des Branchenverbandes BITKOM mussten Softwaredienstleister durchschnittlich einen Rückgang von 5,2 Prozent verkraften. „DATEV hat sich von dem negativen gesamtwirtschaftlichen Trend im vergangenen Jahr deutlich absetzen können", sagte Prof. Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender des Nürnberger Unternehmens. „Mit dem sehr erfreulichen Umsatzwachstum von 22,7 Mio. Euro auf 672,4 Mio. Euro übertrafen wir sogar unsere eigenen Erwartungen."

Die Zahl der Mitglieder der Genossenschaft für Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer stieg zum Jahresende 2009 auf 39.625 (Vj. 39.293). Zum gleichen Zeitpunkt waren 5.738 (Vj. 5.564) Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei DATEV beschäftigt. Für 2010 sind rund 260 Neueinstellungen geplant. DATEV ist laut aktuellem Lünendonk-Ranking das viertgrößte Softwarehaus in Deutschland.

Das operative Ergebnis der Genossenschaft erhöhte sich von 42,32 Mio. Euro im Vorjahr auf 43,54 Mio. Euro in 2009. Davon fließen rund 38,6 Mio. Euro, also 6,2 Prozent (Vj. 6,7 Prozent) des rückvergütungsfähigen Umsatzes als genossenschaftliche Rückvergütung an die Mitglieder zurück. Das positive Ergebnis trotz der hohen Aufwendungen für die Entwicklung der neuen Software-Generation DATEV pro basiert auf gestiegenen Absatz- und Umsatzzuwächsen in allen Produktgruppen.

Auch für das laufende Jahr erwartet Kempf ein Umsatzplus und ein befriedigendes Ergebnis. „Mehrumsätze vor allem bei den Produktgruppen Personalwirtschaft, Rechnungswesen und Organisationssoftware haben uns bereits dazu veranlasst, unsere Umsatzprognose für 2010 etwas anzuheben und auf 696 Mio. Euro zu erhöhen. Allerdings wird das Vorjahresergebnis durch unser hohes Engagement in unsere neue Software-Linie nicht wieder erreicht werden können." Im ersten Halbjahr 2010 wurden 353,2 Mio. Euro umgesetzt. Die Mitgliederzahl beträgt 39.577, und das Personal wuchs auf 5.791 Mitarbeiter.

Das Jahr 2010 steht ganz im Zeichen der Markteinführung der ersten Programme der neuen Software-Generation DATEV pro. Hierfür wurden nicht nur die Kapazitäten in der Entwicklung, sondern auch im Service und Außendienst deutlich ausgebaut. Die Genossenschaft habe alles getan, um den Umstieg auf DATEV pro für Kanzleien und Mandanten möglichst einfach zu machen.

Neue Rechenzentrumskapazitäten

Kempf kündigte an, dass DATEV die Kapazitäten des Dienstleistungsrechenzentrums erweitern wird. Die intensive Nutzung des DATEV-Rechenzentrums als Datendrehscheibe und für Sicherheits- und Outsourcingleistungen sowie für internetbasierte Software-Angebote erfordert ausreichend Kapazitäten auch in der Zukunft. Zudem beschäftigt sich DATEV mit Anwenderszenarien für den neuen (elektronischen) Personalausweis, der vom Herbst an von den Einwohnermeldeämtern ausgegeben werden soll.

DATEV eG

Die DATEV in Nürnberg wurde 1966 gegründet und ist heute der viertgrößte Softwareanbieter und IT-Dienstleister in Deutschland, hinter Microsoft, SAP und Oracle.

Fast zehn Millionen Arbeitnehmer erhalten allmonatlich ihre Lohn- und Gehaltsabrechnungen über die DATEV. Ihren fast 40.000 Mitgliedern, vorwiegend Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Anwälte, stellt das Unternehmen mit seinen 5.700 Beschäftigten mehr als 200 PC-Programme über Online-Anwendungen zur Verfügung.

Die Finanzbuchführungen von rund 2,5 Millionen zumeist mittelständischen Unternehmen werden von deren Steuerberatern mit DATEV-Software erstellt.

IM TEST

Kia Sorento „Allradauto des Jahres 2010“

Auto für Mittelständler: Allrad, bis zu sieben Sitze, 250 kg Anhängerlast – der neue Kia Sorento überzeugt durch Preis und Leistung

Leser der Zeitschrift „AutoBild Allrad“ wählten den Sorento zum Importsieger in der Kategorie „SUV von 25.000 bis 40.000 Euro“. Damit setzte sich der koreanische Allradler gegen 26 andere Modelle durch. Der aus dem Hyundai/ Kia-Konzern stammende Mittelklasse-SUV tritt mit einem lukrativen Preis- Leistungs-Verhältnis gegen Konkurrenten wie den Audi Q 5, den Mazda CX –7 oder den VW Tiguan an.

Dass der neukonzipierte Sorento nur wenige Monate nach seinem Marktstart bei der zum neunten Mal durchgeführten Wahl der „Allradautos des Jahres“ so hervorragend abschnitt, überrascht die Fachwelt nicht. In der Gesamtwertung belegte der Kia zudem Platz drei und musste sich mit 8,18 Prozent der Stimmen nur dem VW Tiguan (14,23 Prozent) und Audi Q5 (13,87 Prozent) geschlagen geben. Auf den weiteren Plätzen folgen Ford Kuga (6,43 Prozent), BMW X1 (5,45 Prozent), BMW X3 (5,20 Prozent) und Audi A4 Allroad (4,95 Prozent).

Die langgestreckte Karosserie und das keilförmige Profil geben dem neuen Sorento einen kraftvoll-eleganten Auftritt. Im großzügigen Innenraum des 4,69 Meter langen SUV können bis zu sieben Personen bequem sitzen (dritte Sitzreihe optional). Zur Standardausstattung gehören Klimaanlage, Audiosystem mit sechs Lautsprechern, elektrische Fensterheber vorn und hinten, beheizbare elektrische Außenspiegel, Zentralverriegelung mit Funkfernbedienung und 17-Zoll-Leichtmetallfelgen. Als Sonderausstattung sind unter anderem ein Panoramadach und eine Rückfahrkamera erhältlich. Angetrieben wird der Kia-SUV wahlweise von einem 174 PS starken 2,4-Liter-Benziner mit variabler Einlass- und Auslassventilsteuerung (Dual CVVT) oder von einem 2,2-Liter-Turbodiesel, der 197 PS mobilisiert und sich mit 6,5 Liter Kraftstoff pro 100 Kilometer begnügt (je nach Ausführung).

Übersichtliches Cockpit mit kleinen Macken, die uns auffielen: Das Radio ist schwer zu bedienen, das Navi-Display nicht blendfrei und die Sprachführung überarbeitungsbedürftig

Neben dem standardmäßigen Sechsgang-Schaltgetriebe ist für beide Motorisierungen ein hochmodernes, sechsstufiges Automatikgetriebe verfügbar. Der neue Sorento wird wahlweise mit Frontantrieb oder elektronisch geregeltem Allradantrieb angeboten.

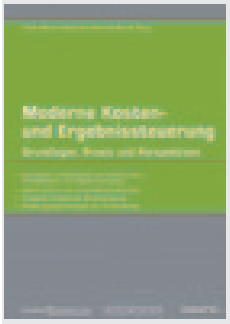
Für seine Sicherheitsausstattung erhielt der Kia-SUV im europäischen Crashtest Euro NCAP die Bestnote „5 Sterne“. Serienmäßig an Bord sind neben der elektronischen Stabilitätskontrolle (inklusive Traktionskontrolle, Berganfahrhilfe und Bergabfahrhilfe) Front- und Seitenairbags vorn, Kopfairbags vorn und hinten sowie Gurtstraffer, Gurtkraftbegrenzer und aktive Kopfstützen an beiden Vordersitzen. Kia gewährt europaweit für alle neu zugelassenen Fahrzeuge der Marke eine Herstellergarantie von sieben Jahren oder 150.000 Kilometer Laufleistung für das gesamte Fahrzeug inklusive Antriebsstrang. Hinzu kommen beim neuen Sorento unter anderem zwölf Jahre Garantie gegen Durchrostung ohne Kilometerbegrenzung.

Wir fuhren als Testwagen den 2,2-Liter Turbodiesel mit 197 PS, der in der Basisversion 36.000 und mit Vollausstattung 41.500 Euro kostet und der damit zumindest gegenüber seinen deutschen Konkurrenten einen Preisvorteil von 6.000 Euro hat.

Günter Kohl

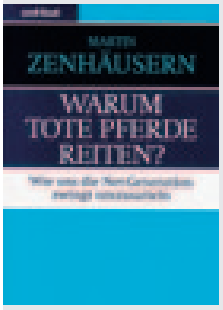
BÜCHER

Moderne Kosten- und Ergebnissteuerung
1. Auflage 2010
504 S., 78,- Euro
Haufe Verlag, ISBN 978-3-448-00091-5



Die Kosten- und Ergebnisrechnung stellt einen zentralen Bestandteil einer effektiven Unternehmenssteuerung dar. Nicht erst seit der Wirtschaftskrise haben viele Unternehmen damit begonnen, ihre Kosten- und Ergebnisrechnung neu auszurichten. Das Buch beantwortet zentrale Fragen, um Kosten und und Leistungen zielgerichtet beeinflussen zu können. Eine Fundstelle für zahlreiche Denkanstöße für Verbesserungen im eigenen Unternehmen.

Warum tote Pferde reiten?
Martin Zenhäusern
Geb., 192 S., 24,90 Euro
Orell Füssli Verlag, ISBN 978-3-280-05361-4



Der Autor stellt anhand verschiedener Arbeits- und Lebensbereiche dar, welcher fundamentale Wandel in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ansteht. Die zentrale Frage ist dabei, wie es der heutigen Boom-Generation und der Net-Generation, geboren zwischen 1977 und 1999, gelingen wird, einen Modus Vivendi zu finden, damit die Menschheit rechtzeitig umsatteln kann. Die Anzeichen, wohin die Reise gehen wird, sind trotz allem ermutigend.

Souverän auftreten
Neumann/ Ross
Geb., 250 S., 14,90 Euro
Hanser Verlag, ISBN 978-3-446-41954-4

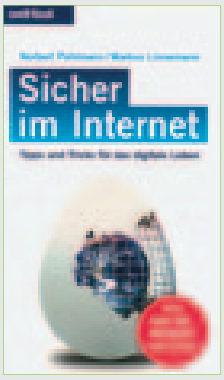
Wer bei anderen ankommen will, muss nicht nur wissen, was er sagt – er muss vor allem wissen, wie er es sagt. Denn wir alle reagieren vor allem auf Körpersprache, Stimme und Tonfall. Wer über diese Signale Bescheid weiß und sie gezielt aussendet, ist für die Kommunikationssituationen des Alltags bestens gerüstet. Das Buch ist leicht und amüsant zu lesen, und der Leser erkennt, dass er mit seinen Problemen nicht allein dasteht.

Unternehmen 2020
Tim Cole
Geb., 251 S., 24,90 Euro
Hanser Verlag, ISBN 978-3-446-42162-2

Das Unternehmen von morgen wird ganz anders aussehen als das von heute. Unter dem Druck von technischer Innovation, fortschreitender Vernetzung und demografischem Wandel werden Unternehmen gezwungen sein, sich anzupassen. Das Buch beantwortet die Frage: Wie sehen Unternehmen in zehn bis 20 Jahren aus, und was muss ich als Unternehmer oder Manager heute tun, um die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf mittelständischen Unternehmen.

Sicherheit im Internet
Pohlmann/ Linnemann
Broschur, 192 S., 19,90 Euro
Orell Füssli, ISBN 978-3-280-05375-1

Wie kann ich meinen Computer vor Vieren, Würmern und Trojanischen Pferden schützen? Wann darf ich meine Kreditkarten-Daten im Internet angeben? Woran erkenne ich vertrauenswürdige Online-Shops und Bankadressen? Was muss ich beim Einrichten eines WLAN beachten? Welche Rechte und Pflichten gibt es im Internet? Die Autoren bieten eine Menge Tipps und Tricks für schnelle Leser und einem laufend aktualisierten Online-Service.



Eigene Konjunktur
E. Geffroy
Broschur, 208 S., 15,- Euro
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-50527-2

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise zwingt uns, einen tief greifenden Veränderungsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft mit zu gestalten. Mit herkömmlichen Denkweisen und Methoden ist diese neue Businesswelt nicht zu managen. In diesem Buch unterstreicht der Autor, dass Unternehmen bei der Entwicklung neuer Geschäftsideen darauf achten sollten, was der Kunde wirklich braucht. Am erfolgreichsten sind solche Produkte und Dienstleistungen, von denen der Kunde noch gar nicht weiß, dass er sie braucht, weil es sie bisher noch nicht gab.

Qualität im Service
F. Brunner
Kartoniert, 168 Seiten, 29,90 Euro
Hanser Verlag, ISBN 978-3-446-42241-4

In einer Wirtschaftskrise rücken stabile Kundenbeziehungen stärker in den Mittelpunkt. Nur Unternehmen, die ihre Kunden pflegen und sich auf ihre treue Kundschaft einstellen, sind in der Lage, auch eine Krise erfolgreich durchzustehen. Ein Unternehmen, das wettbewerbsfähig bleiben will, muss die Qualität im Service genauso aufbauen und managen, wie die Produktqualität.

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen *helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.*

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Unser Leser Karl S. besitzt eine Eigentumswohnung und auch zwei Gewerberäume. Alle Immobilien sind vermietet und im Prinzip läuft alles prima. Nur mit den Nebenkostenabrechnungen gibt es regelmäßig Ärger. Er fragt, ob er Besonderheiten bei den Abrechnungen für die Wohnungen und die Gewerberäume bedenken muss.

Grundsätzlich gibt es keine großen Unterschiede zwischen den Abrechnungen für die Nebenkosten bei Wohnraum und Gewerberaum. Allerdings ist bei den Abrechnungen für vermietete Wohnungen die Jahresfrist zu bedenken. § 556 Abs. III Satz 3 BGB legt fest, dass der Vermieter nach Ablauf einer Frist von zwölf Monaten nach Ende des Abrechnungszeitraums mit einer Nachforderung ausgeschlossen ist. Die Nebenkostenabrechnung für das Jahr 2009 muss also bis Ende 2010 erfolgt sein. Der Mieter muss bei verspäteter Abrechnung die eigentlich geschuldeten Betriebskosten nicht mehr an den Vermieter erstatten. Das ist für den Vermieter äußerst ärgerlich, hat er diese Gelder doch bereits verauslagt.

Für Gewerberaum gilt die Regelung nicht. § 578 BGB legt fest, welche mietrechtlichen Normen auf Gewerberäume Anwendung finden. § 556 BGB wird dort nicht erwähnt. Er gilt also nur für Wohnräume. Der Bundesgerichtshof hat in einem Urteil aus dem Januar diesen Jahres auch eine analoge Anwendung der entsprechenden Gesetzesnorm ausgeschlossen. Es ist aus Sicht des BGH nicht erkennbar, dass der Gesetzgeber im Gesetzgebungsverfahren die Gewerberäume bei der Festlegung der Jahresfrist vergessen hat. Damit ist klar: Die Jahresfrist schließt den Vermieter mit seiner Abrechnung bei Gewerberäumen nicht aus.

Auch in dem zweiten Fall geht es um eine Frage aus dem Mietrecht. Unsere Leserin Charlotte N. besitzt eine Eigentumswohnung. Diese hat sie vor einigen Jahren vermietet und denkt nun über eine Kündigung des Mietvertrages wegen Eigenbedarfs nach. Sie möchte nicht selbst in die Wohnung einziehen, hat aber gelesen, dass eine anschließende Selbstnutzung des Objekts auch nicht unbedingt erforderlich sein soll.

Dies sehen die Gerichte inzwischen genauso. Eine Kündigung wegen Eigenbedarfs setzt gemäß § 573 Abs. II Nr. 2 BGB ein berechtigtes Interesse des Vermieters voraus. Dabei ist es ausreichend, wenn der Vermieter die Wohnung für sich, seine Familienangehörigen oder Angehörige seines Haushalts benötigt. Bislang war es umstritten, wer zum Beispiel alles zu den „Familienangehörigen" im Sinne dieser Vorschrift gehört. Der Bundesgerichtshof hat in einer Entscheidung aus diesem Jahr deutlich gemacht, dass dazu nicht nur die allernächsten Verwandten zählen. In dem zu entscheidenden Fall wollte der Vermieter die Wohnung nach der Kündigung seiner Nichte zur Verfügung stellen. Die Vorinstanzen sahen damit die Voraussetzungen für eine Kündigung mit dem Argument des Eigenbedarfs als nicht erfüllt an. Die Nichte wäre demnach keine „Familienangehörige" im Sinne des Mietrechts.
Der BGH war deutlich großzügiger. Auch Nichten und Neffen zählen zu den Familienangehörigen im Sinne des § 573 BGB. Die Kinder der Geschwister stehen in einem solchen engen Verwandtschaftsverhältnis, dass dieses eine Kündigung wegen Eigenbedarfs rechtfertigen kann.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

DIE 5 HÄUFIGSTEN FEHLER

Korrespondenz war gestern: Wie Sie mit Kundenbriefen erfolgreich werben

Jedes Kapitel der Marketing-Attacke bietet 10 ganz konkrete Tipps im Checklisten-Charakter. An den Kapitel-Enden haben die Fachautoren fünf häufige Fehler zu ihrem Thema aufgelistet, die es unbedingt zu vermeiden gilt. Mit einem Augenzwinkern verstärkt die Fehlerübersicht die Kapitelinhalte und erinnert immer wieder sanft daran, kritisch zu prüfen.

- **Passen Sie Ihre Kundenbriefe nicht an die Software an, sondern umgekehrt.** Anforderungen, die Sie an die Kundenkommunikation haben. Wenn Sie sich nach einem (häufig unflexiblen) vorhandenen System richten, endet das Projekt zumeist mit unbefriedigenden Kompromissen.
- **Machen Sie keine Abstriche bei der Optik.** Der Kundenbrief ist Teil Ihrer Unternehmens- oder Marken-Kommunikation. Deshalb muss er zu Ihrem Erscheinungsbild passen.
- **Lassen Sie Ihre Kundenbriefe nicht irgendwie irgendwo überarbeiten.** Kundenbriefe zu überarbeiten und neu auszurichten ist kein Nebenjob. Es ist eine strategische Aufgabe, die sich an der Marken-Positionierung und an der sonstigen Marketing-Kommunikation orientieren muss.
- **Schreiben Sie keine Doktorarbeit.** Entwickeln Sie praktikable Arbeitshilfen. Eine umfängliche Begründung und Dokumentation für die Ausrichtung Ihrer Kundenbriefe ist wichtig. Achten Sie aber auch darauf, dass es schnelle und einfache Hilfsmittel für die tägliche Praxis gibt.
- **Erklären Sie das Projekt niemals für beendet.** Die Fragen der Kunden sind ebenso vielfältig wie Sprache lebendig ist. Deshalb benötigt das Thema immer wieder Ihre Aufmerksamkeit.

Mehr Tipps und Checklisten finden Sie im Fachbuch „Marketing-Attacke". Denn das Buch weist nicht nur auf häufige Fehler hin, sondern gibt auch konkrete Ratschläge, wie man sein Marketing verbessern kann.

Konkretes Expertenwissen – sofort anwendbar im praktischen Checklistenformat **www.sgv-verlag.de.**

AKTUELLE URTEILE

rechtsfragen@mitmagazin.com

"Super-Manager" ist verbotenes Glücksspiel

BayVGH; Beschluss vom 13.04.2010; 10 CS 10.453

Bei einem Internet-Bundesliga-Spiel durfte jeder gegen Zahlung eines Spieleinsatzes von 7,99 Euro Bundesligamanager spielen. Die Teilnehmer konnten eine eigene virtuelle Bundesligamannschaft zusammenstellen, für die im Anschluss an jeden Spieltag nach vorgegebenen Kriterien Punkte von einem Expertenteam vergeben wurden. Der Spieler mit der am Saisonende höchsten Punktzahl sollte 100.000 Euro gewinnen.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof beurteilte das Internetspiel als unerlaubtes Glücksspiel und sprach gegenüber dem Betreiber der Internetseite eine Unterlassungsverfügung aus. Alle wesentlichen Merkmale eines verbotenen öffentlichen Glücksspiels im Sinne des Glücksspielstaatsvertrags seien erkennbar und erfüllt. Die Teilnehmer mussten einen Spieleinsatz leisten und erwarben so eine Gewinnchance. Auf die Geschicklichkeit des jeweiligen Teilnehmers, zum Beispiel bei der Zusammenstellung und Aufstellung seiner „Bundesliga-Mannschaft", kam es kaum an. Seine Gewinnchance im weiteren Verlauf des Managerspiels war vielmehr abhängig von vorher nicht einschätzbaren Ereignissen an dem jeweiligen Bundesliga-Spieltag.

Fahrverbot nur ausnahmsweise abwendbar

OLG Frankfurt; Beschluss vom 30.10.2009; 2 Ss OWi 239/09

Schnell ist die zulässige Geschwindigkeit überschritten. Doch ein Fahrverbot droht erst bei einer erheblichen Überschreitung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit. Ein solches Fahrverbot von zum Beispiel einem Monat, kann schwere Folgen haben. Deshalb wird von den Betroffenen immer wieder versucht, das Fahrverbot durch eine höhere Geldbuße zu umgehen.

Das Oberlandesgericht Frankfurt hat klargestellt: Von der Verhängung des Regelfahrverbots kann nur ausnahmsweise abgesehen werden. Allein eine außergewöhnliche Härte (zum Beispiel der Verlust des Arbeitsplatzes) kann das Absehen vom Fahrverbot rechtfertigen. Der Betroffene muss diese Härte aber konkret vortragen. Lediglich berufliche schwere Nachteile muss der Betroffene hinnehmen. Die Inanspruchnahme von Urlaub, einer Fahrgemeinschaft oder auch die Anstellung eines Fahrers müssen dann helfen, die schwierige Zeit zu überbrücken. Das OLG hält sogar die Aufnahme eines Kredites für zumutbar, um finanzielle Folgen auszugleichen.

Die eheliche Treuepflicht hört bei den Steuern nicht auf

BGH; Urteil vom 18.11.2009; XII ZR 173/06

Dass es Menschen gibt, die nur wegen der steuerlichen Entlastungsmöglichkeit heiraten, ist natürlich nur ein Gerücht. Aber die eheliche Treuepflicht kann einen Ehegatten manchmal dazu zwingen, auch einer nicht gewollten Entlastung des anderen Ehegatten zuzustimmen.

Der Bundesgerichtshof hatte in einem Fall zu entscheiden, in dem die Eheleute die Einkommensteuererklärung abgaben, als sie bereits getrennt lebten. Im Veranlagungszeitraum war von Trennung noch nicht die Rede. Der eine Ehegatte hatte im Veranlagungszeitraum Verluste erwirtschaftet, die er als Verlustvortrag in einem späteren Zeitraum einsetzen wollte. Das hätte für den anderen eine deutlich erhöhte Steuerlast bedeutet, an der sich sein früherer Ehepartner nicht beteiligen wollte.

Der BGH verneinte in diesem Fall die Möglichkeit, sich auf eine getrennte steuerliche Veranlagung zu berufen. Haben die Ehegatten im Veranlagungszeitraum zusammen gewirtschaftet und jeder hat nach seinen Möglichkeiten zum Familienunterhalt beigetragen, dann ist es ihnen nach Treu und Glauben verwehrt, dieser Gestaltung rückwirkend die Grundlage zu entziehen. Die grundsätzlich mögliche getrennte Veranlagung wird familienrechtlich „überlagert", damit nicht rückwirkend und einseitig in den Zeitraum des gemeinsamen Wirtschaftens und Lebens eingegriffen werden kann.

Überbau - nicht alles ist hinzunehmen

OLG Karlsruhe; Urteil vom 09.12.2009; 6 U 121/09

In Zeiten steigender Energiepreise wollen immer mehr Hauseigentümer eine bessere Isolierung für ihr Objekt. Wer ein Wärmeverbundsystem an sein Haus anbringen will, muss aber bedenken, dass das Haus dadurch „wächst". Abstandsgrenzen müssen weiter bedacht und eingehalten werden.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe war mit einem Fall befasst, in dem ein Eigentümer an seinem Haus ein 15 cm dickes Wärmeverbundsystem angebracht hatte. Die Besonderheit: Das Haus stand vorher bereits mit der Giebelseite direkt auf der Grundstücksgrenze. Nach den Arbeiten ragte es also ca. 15 cm auf das Nachbargrundstück. Dies muss der Nachbar nicht dulden, erst recht nicht, wenn er vorher nicht gefragt wurde. Das OLG stellte klar, dass ein Wärmeverbundsystem zum einen kein untergeordneter Bauteil sei und zum anderen derjenige, der ein 15 cm starkes System anbringt, zumindest grob fahrlässig einen Überbau produziert.

Architekt muss Beweis erbringen

OLG Celle; Urteil vom 10.03.2010

Das Honorar der Architekten ist immer wieder Ausgangspunkt für zahlreiche Rechtsstreitigkeiten. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, ob der Architekt oder sein Auftraggeber die Beweislast hat.

Das Oberlandesgericht Celle musste in einem Rechtsstreit zwischen Bauherren und Architekten klären, wer genau was darzulegen und zu beweisen hat. Die Bauherren behaupteten, dass die bereits geleisteten Abschlagszahlungen das tatsächlich geschuldete Honorar übersteigen würden. Sie forderten einen Teil des Geldes zurück. Nach Auffassung des Gerichts ist es nun an dem Architekten, zur genauen Honorarvereinbarung unter Beweisantritt vorzutragen. Eine pauschale Darlegung ist nicht ausreichend. Er muss vielmehr konkret zu Art und Inhalt der von ihm erbrachten Leistungen Stellung nehmen, um nicht in dem Prozess sein Honorar zu verlieren.

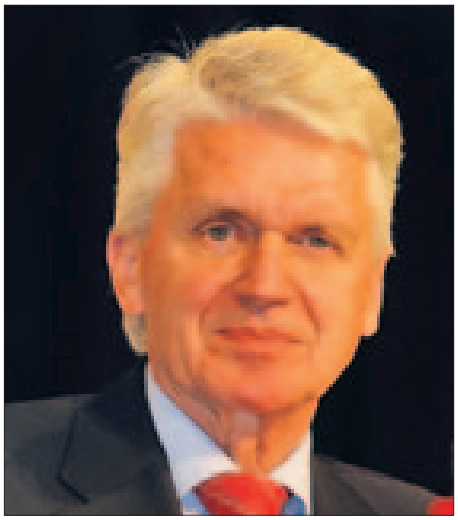
CDU-Mittelstand sorgt sich um Währungsstabilität

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU fordert eine Verschärfung der europäischen Stabilitätskriterien. Hierzu erklärten Dr. Josef Schlarmann, der Bundesvorsitzende der MIT, und die Vorsitzenden der Kommission Europapolitik, Dr. Markus Pieper, MdEP, und Dr. Christoph Konrad:

„Vor allem der EU-Rettungspakt muss nachgebessert werden. Durch unzureichende Sanktionsmöglichkeiten für Schuldnerländer gleicht der bisherige EU-Rettungspakt dem Modell einer Transferunion. Die EU ist aber noch längst nicht die Politische Union, die so etwas rechtfertigt. Ein Szenario droht, bei dem am Ende jene Mitgliedsstaaten, die Haushaltsdisziplin üben, für die Sünden verschwenderischer griechischer oder spanischer Politik aufkommen müssen.

Deshalb fordern wir eine Option für eine 'geordnete Staatsinsolvenz' und unterstützen somit die aktuelle Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Diese muss in dem Fall greifen, falls etwa Griechenland sich nicht an die mit dem Rettungspakt verbundenen Auflagen hält. Wirkliche Schuldendisziplin lässt sich zudem mit einer Aussetzung von Stimmrechten und Strukturfondszahlungen erreichen. Zudem muss die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gewahrt bleiben. Wenn diese Punkte erreicht werden, ließe sich der EU-Rettungsfonds auch über die bisherige Befristung von drei Jahren hinaus ausdehnen."

Der CDU-Europaabgeordnete Markus Pieper sieht im Aufkauf problematischer Staatsanleihen durch die EZB einen ‚gravierenden ordnungspolitischen Sündenfall, der nur eine überbrückende Funktion haben darf und die absolute Ausnahme bleiben muss'.



Dr. Josef Schlarmann, MIT-Bundesvorsitzender:
Der EU-Rettungspakt muss dringend nachverhandelt werden.

Außenwirtschaftsförderung auf den Mittelstand anpassen

Nachhaltiges unternehmerisches Handeln ist Entwicklung. Mit dieser klaren Botschaft hat sich der MIT-Bundesvorstand für eine bessere Verzahnung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit ausgesprochen. In dem von der Internationalen Kommission erarbeiteten Positionspapier unter dem Vorsitz des stellvertretenden MIT-Bundesvorsitzenden Frank Gotthardt wird die Entwicklung der Privatwirtschaft als Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern gesehen.

„Der Schlüssel zum ökonomischen Vorankommen der Entwicklungsländer liegt nämlich nicht in der stetigen Aufstockung von Subventionen, Darlehen und der staatlichen Entwicklungshilfe durch die Geberländer. Vielmehr müssen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsprozesse und der technischen sowie rechtlichen Infrastruktur im Vordergrund stehen", erläutert Gotthardt. Eine große Chance sieht der MIT-Bundesvorstand für den deutschen Mittelstand, der durch Investitionen und dem damit einhergehenden Know-How-Transfer einen entscheidenden Beitrag leisten kann.

„Um jedoch die Investitionstätigkeit vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen in Entwicklungsländern zu verstärken, müssen zusätzliche Anreize geschaffen und bestehende Maßnahmen mittelstandsfreundlicher ausgebaut werden wie zum Beispiel die Beratung von mittelständischen Unternehmen bei Investitionsvorhaben in Entwicklungsländern und die Weiterentwicklung des Garantieinstrumentariums des Bundes," so Gotthardt.

Der MIT-Bundesvorstand spricht sich zudem dafür aus, zukünftig einen stärkeren Fokus auf Private-Public-Partnership-Modelle zu legen. Das Programm develoPPP.de unterstützt bereits heute die engere Verzahnung von Wirtschaft und EZ durch eine projektbezogene Kooperation im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft. Bislang wird der Auswahl und Vorbereitung von PPP-Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit nicht die notwendige Aufmerksamkeit zugemessen. Zukünftig sollte der Realisierung von PPP-Projekten, insbesondere unter Einbeziehung der deutschen mittelständischen Wirtschaft im Infrastruktur-, Umwelt- und Energiebereich, eine größere Bedeutung zukommen. Als wichtiges Instrument einer unternehmensnäheren Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit sollen PPP-Fonds entwickelt werden.

Frank Gotthardt, stellv. MIT-Bundesvorsitzender

Jahresempfang in Glashütte

Auf Einladung der MIT Sächsische Schweiz-Osterzgebirge kamen mehr als 200 Gäste aus Wirtschaft und Politik zum 7. Jahresempfang der MIT-Sachsen in die Glashütter Uhrenbetrieb GmbH. Der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Stanislaw Tillich, MdL, betonte in seiner Rede: „Die sächsische Wirtschaft konnte die Krise besser meistern als andere Bundesländer. Viele sächsische mittelständische Unternehmen konnten sogar im Ausland Fuß fassen, weil sie über innovative Ideen und hochqualifizierte Arbeitskräfte verfügen. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen."

Ministerpräsident Stanislaw Tillich (Mitte) fühlte sich in der Mitte der MIT Sachsen gut aufgehoben

MIT will sich stärker engagieren

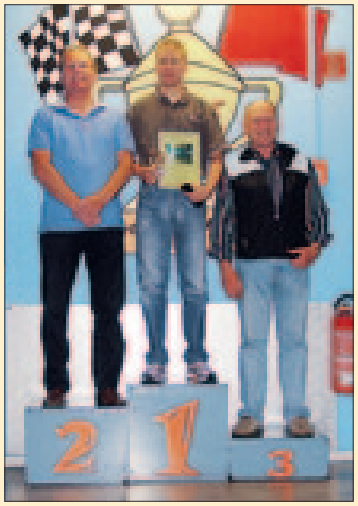
Die MIT Holzminden und die MIT Stadt Höxter haben die Ergebnisse einer breit angelegten Firmenumfrage veröffentlicht. Um die Weserregion zu stärken, müssen Wirtschaft, Politik und Verwaltung künftig enger zusammenarbeiten. Dies war eines der Ergebnisse der Umfrage unter rund 1.300 Unternehmen. Ziel der Initiatoren war es, zum einen herauszufinden, wie die Firmen auf die Herausforderungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage reagieren, wie sie ihre Absatzmärkte sichern und damit auch die bestehenden Arbeitsplätze. Zum anderen sollte festgestellt werden, welche Impulse von kommunalen Einrichtungen ausgehen, um das wirtschaftliche Umfeld in dieser Region zu stabilisieren. Dr. Rolf Deipenwisch, MIT-Vorsitzender Holzminden und Klaus Dieter Leßmann, MIT-Vorsitzender Höxter, zeigten sich sehr zufrieden mit der Resonanz auf die Aktion. Immerhin hatten sich 206 von den 780 im Kreis angeschriebenen Unternehmen beteiligt.

JAMAIKA UND DIE WIRTSCHAFTSKOMPETENZ

Der MIT-Landesvorstand Saar traf sich zu einer ganztägigen Klausurtagung am Niederwürzbacher Weiher. Hauptthema war die Arbeit der ersten und bislang einzigen Jamaika-Koalition eines Bundeslandes. Die Arbeit der neuen Minister wurde überwiegend positiv beurteilt, mit einer Ausnahme: Kompetenz und Arbeitseifer des neuen Wirtschaftsministers (FDP). „Im Saarland findet keine Wirtschaftspolitik statt", so der Landesvorsitzende Jürgen Presser. Da dies innerhalb der Koalition schwerlich zu ändern ist, wurde eine Arbeitsgruppe installiert zur Fokussierung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Als Gast nahm auch MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen an der Sitzung teil.

Großer Preis der MIT Pankow

Bereits zum dritten Mal hat der Berliner MIT-Kreisverband in Pankow zum MIT-Cup auf Deutschlands höchstgelegener Kartbahn, dem EFK Kart- und Eventcenter Berlin im fünften Stock der Galeria Kaufhof am Ostbahnhof, eingeladen. Johannes Kraft, MIT-Kreisvorsitzender, begrüßte die Mittelständler aus den verschiedenen Berliner MIT-Kreisverbänden. Nach zehn Runden mit vielen Überholversuchen setzte sich Mathias Paul mit einem souveränen Start-Ziel-Sieg durch und durfte sich über den Hauptpreis, ein Wochenende in einem Mercedes-Benz E-Klasse Coupé, freuen.



Auf dem Siegertreppchen (v.l.n.r.): Laszlo Koczka, Mathias Paul und Heinz Reißnecker

Die Mitglieder der MIT

Michael Zurhorst
Präsident des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI)

Michael Zurhorst ist seit 2008 Präsident des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI). Als Präsident des BDVI, Vorstandsmitglied der Ingenieurkammer Bau NRW und Kommissionsvorsitzender im Ausschuss für Honorarordnung (AHO), setzt sich Michael Zurhorst vehement für die berufsständischen Interessen ein. Zugleich ist er kommunalpolitisch im Stadtrat als CDU-Fraktionsvorsitzender in der Stadt Werne aktiv und unterstützt als eines der Gründungsmitglieder des Lions-Clubs Werne soziale Projekte. Nach dem Studium in Bonn erhielt Michael Zurhorst 1986 seine Bestellung zum ÖbVI und übernahm den väterlichen Betrieb in der dritten Generation. Seit 1990 ist er zudem Geschäftsführer der grit GmbH, einem Dienstleistungsunternehmen im GIS-Bereich. Seit Januar 1989 ist Zurhorst im MIT-Kreisverband Unna überzeugtes Mitglied der MIT: „Ich engagiere mich in der MIT, weil Mittelstand mehr sein sollte als eine Worthülse in Wahlzeiten. Man muss aber etwas dafür tun, dass dies auch in der ausführenden Politik angemessen berücksichtigt wird."

Balance der Gesellschaft neu austarieren

Weit über 100 Gäste konnte Bezirksvorsitzender Peter Erl beim erstmalig stattfindenden Sommerempfang der MU Niederbayern begrüßen. Als Ehrengast kam die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer, MdL, ins Autohaus von MU-Mitglied Hans Brennsteiner nach Dingolfing. Neben Ministerin Haderthauer waren zahlreiche Mandatsträger der Einladung der MU gefolgt, unter ihnen der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Andreas Scheuer, MdB, Ernst Hinsken, MdB, Max Straubinger, MdB, Erwin Huber, Staatsminster a.D. und MdL sowie Bernd Siebler, MdL. Erl stellte in seinem kurzen Grußwort klar, dass der Mittelstand nicht noch weiter belastet werden darf. Zudem sprach sich Erl für das Überdenken von Umweltstandards aus. Ministerin Haderthauer bezog gleich klar Position. Ihr sei klar, dass alles Geld, das verteilt werden soll, erst erwirtschaftet werden muss. Und dafür sind die Unternehmer mit ihren Mitarbeitern zuständig. „Die Gesellschaft muss neu ausbalanciert werden. Wer Leistungen vom Staat erhält, muss schnellstmöglich wieder in Position gebracht werden, sein Einkommen selbst zu erwirtschaften. Und dafür darf man das Gästezimmer im sozialen Netz nicht zu bequem einrichten“, sagte Haderthauer.

Unser Foto zeigt von links: Hans und Christa Brennsteiner, Peter Erl, Christine Hadertauer und Josef Pellkofer (1. Bürgermeister Dingolfing)

STEFAN MÜLLER ZU GAST BEI DER MU ERLANGEN

Unter dem Titel „Berlin direkt – Fokus Mittelstand“ referierte anlässlich der Jahreshauptversammlung der MU Erlangen, Stefan Müller, MdB, parl. Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Landesvorsitzender der Jungen Union. Müller stellte fest, dass nach dem holprigen Start die Partner in der Koalition eingesehen hätten, dass der Erfolg nicht durch interne Auseinandersetzungen in Gefahr geraten darf. Auf der Agenda stehe, wie die Städte und Gemeinden bei den vom Bund auferlegten Aufgaben im Sozialbereich finanziell unterstützt werden können, ohne die Mittelstandsbetriebe zu belasten.Bei der angeregten Diskussion wurden zahlreiche Themenfelder behandelt.

„Bunter Energiemix“ bringt den Erfolg

Informationen im Burgenland in Österreich holte sich eine Abordnung aus dem Landkreis Tirschenreuth auf Initiative der Mittelstandsunion. An der Spitze der Gruppe standen auf der vom MU-Kreisvorsitzenden Leonhard Zintl organisierten Fahrt Tobias Reiß, MdL, und energiepolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion und der Kemnather Bürgermeister Werner Nickl. In Güssing empfingen die beiden Bürgermeister Peter Vadasz und Bernhard Deutsch die Delegation. Energie aus nachwachsenden Rohstoffen lautete die „Zauberformel“, Land- und Forstwirte wurden zu „Energiewirten“. Heute schaffen es Güssing und der Bezirk mit einem „bunten Energiemix“, weit mehr Energie zu erzeugen als verbraucht wird – und das zu günstigsten Konditionen für Bürger und Betriebe.

Shopping-Mall als alleinige Zukunft?

Gemeinsam mit dem Wirtschaftsbeirat München veranstaltete die Mittelstands-Union München eine Podiumsdiskussion zur Entwicklung des Einzelhandels mit dem provokanten Titel „Wie viel Stadt verträgt eine Shopping-Mall?“ Der MU-Bezirksvorsitzende Thomas M. Schmatz konnte über 100 Gäste, darunter Hans-Peter Uhl, MdB, Markus Blume, MdL, sowie Walter Zöller, Stadtrat der Stadt München, im Johannissaal von Schloss Nymphenburg begrüßen. In seiner kurzen Einleitung stellte Schmatz fest, dass München „nur drei große Einkaufszentren hat. Im Vergleich zu Berlin mit 57 oder etwa Hamburg mit 41 solcher Zentren ist München geradezu Entwicklungsland, was ich aber nicht bedauere.“ Frau Prof. Dr. Elisabeth Merk, Stadtbaurätin der Stadt München erläuterte die grundsätzlichen Pläne der Münchner Stadtentwicklung. So sei ein starkes Stadtzentrum ebenso wichtig wie die Stadtteilzentren mit ihren Einzelhandelsgeschäften. Für Burkhard Hoffmann, Geschäftsführer von ECE Development, haben sich die Prioritäten bei Investments deutlich verschoben. War man früher für den Betonklotz auf der grünen Wiese vor den Toren der Stadt verantwortlich, so suche seine Firma nun immer mehr nach Investmentmöglichkeiten in den Zentren der Städte.

Sachkundige Teilnehmer einer Podiumsdiskussion der MU München zur Entwicklung des Einzelhandels

Partnerschaftsvertrag fortgeschrieben

Der am 4. September 1990 in Magdeburg geschlossene Partnerschaftsvertrag der MIT-Landesverbände Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wurde kürzlich anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Vertragswerkes in Wolfsburg fortgeschrieben. Unterzeichnet wurde der Vertrag von (Foto v.l.n.r.) Tobias Schmidt (MIT-Landesgeschäftsführer Sachsen-Anhalt), Werner Lübbe (MIT-Landesvorsitzender Niedersachsen), Detlef Gürth, MdL (MIT-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt) und Andreas A. Sobotta (MIT-Landesgeschäftsführer Niedersachsen). Rund 50 Mitglieder aus den MIT-Vorständen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt feierten diesen Anlass gemeinsam mit dem Wolfsburger Oberbürgermeister Prof. Rolf Schnellecke, dem niedersächsischen Finanzminister Hartmut Möllring, MdL, und dem sachsen-anhaltinischen Minister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Reiner Haseloff.

Mittelstand unter Tage

Die MIT Fulda Süd hatte Mittelständler zu einem Besuch der K+S Kali GmbH in Neuhof-Ellers eingeladen. Bevor es 540m in die Tiefe ging, wurden der MIT-Vorsitzende Gerhard Bellinger und die MIT-Mitglieder vom Werksleiter Dieter Friedrich und vom Produktionsleiter Johannes Zapp mit einem herzlichen „Glück Auf“ begrüßt. Bei der anschließenden Besichtigung des südlichsten Werks der K+S KALI GmbH in Deutschland mit 720 Beschäftigten und 45 Auszubildenden konnten sich die Mittelständler einen guten Eindruck vom Grubenbetrieb machen.

MIT-Ehrenvorsitzender wirbt für Bürgermut

Zum 18. Unternehmerfrühstück konnte die MIT Wedel und ihr Vorsitzender Christian J. Fuchs den MIT-Ehrenvorsitzenden Elmar Pieroth gewinnen. Dieser hatte die MIT Wedel und die Mittelständler der Region zu seinem Hamburger Weinmarkt eingeladen. Gut 30 Unternehmer waren der Einladung gefolgt und erlebten einen aktiven Ruheständler, der aus seinem Leben als Unternehmer, als Berliner Senator a.D. und nun als Senior berichtete. Hauptanliegen Pieroths ist das Bürgerengagement. Die Distanz zwischen politischen Entscheidungsträgern und ihren Bürgern werde leider immer größer.

SCHLÜSSEL ZUM VEREINTEN EUROPA

Der Euro war und ist ein wichtiger Schlüssel zum vereinten Europa. Deshalb, sagt Steffen Kampeter unmissverständlich, muss er, wo immer nötig, geschützt werden. Denn „das ist gelebte Mittelstandspolitik“, rief der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen den weit über 100 Gästen der MIT Calw/Freudenstadt in Nagold zu. Auf Vermittlung seines Regierungskollegen Hans-Joachim Fuchtel sprach der Vertreter der Bundesregierung in der Werkskantine von Wagon Automotive auf dem Wolfsberg.

Bayern-Reise nach Berlin

Der Bezirksvorsitzende der MU Niederbayern, Peter Erl, lud 45 Mittelständler aus Bayern zu einer Besuchsreise nach Berlin ein. Die Besuchsgruppe wurde von der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Gerda Hasselfeld empfangen. Anschließend folgte ein Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Arbeitskreises Wirtschaft und Technologie der CSU-Landesgruppe, Dr. Georg Nüßlein und dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Joachim Pfeiffer. Zudem trafen die Teilnehmer auf den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe Dr. Friedrich, die stellvertretende Generalsekretärin Dorothee Bär, Max Straubinger und den MU-Landesvorsitzenden Dr. Hans Michelbach. Am Nachmittag traf sich die Delegation zu einem Gespräch mit Vertretern des BDA. Beim Abendessen wurden die bayerischen Mittelständler vom MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen in der Hauptstadt begrüßt.

Bayerische Mittelständler zu Besuch in Berlin

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MU Ansbach

Klaus Dieter Breitschwert, MdL, ist alter und neuer Kreisvorsitzender der Mittelstands-Union Ansbach. Auf der Mitgliederversammlung wurde er einstimmig in seinem Amt bestätigt. Auch seine Stellvertreter Franz Antritt, Volker Dorn, Hans Johrendt und Jürgen Walther wurden wiedergewählt. Schatzmeisterin bleibt Gerda Luger und Schriftführer Dr. Michael Reinhart. Zu Beisitzern wurden Dietmar Fischer, Fritz Gempel, Friedrich Hilterhaus, Alfred Michel, Franz Niederauer, Andreas Schalk, Otto Schaudig und Friedrich Schwarz gewählt. In den Beirat bestellte die Versammlung Hans Bauer, Roman Dotzauer, Bernhard Hebel und Jürgen Promm. Kreisgeschäftsführer bleibt Günter Petruschek.

MIT Baden-Württemberg

Peter Ibbeken wurde auf der Landesdelegiertenversammlung erneut zum MIT-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm Dr. Reinhard Löffler, Brigitta Luhr sowie Oswald Metzger und als Schatzmeister Thomas Rapp zur Seite. Beisitzer wurden Ines Aufrecht, Ruth Baumann, Dr. Jochen Birkle, Anita Burkhardt, Siegfried Braun, Frederik Decker, Werner Endres, Erwin Feike, Werner Frank, Eduard Freiheit, Dr. Albrecht Geier, Hermann Giesser, Ulrich Kallfass, Helena Kapp, Malte Kaufmann, Apostolos Kelemidis, Markus Meyer, Ralf Nerling, Ursula Rimmele-Konzelmann, Anne Schmieder, Hans-Dieter Schühle, Ralf Semmler, Wolfgang Taubert, Dr. Carl-Christian Vetter und Gregor Wick.

MIT Niedersachsen

Das 5.000-ste Mitglied der MIT Niedersachsen heißt Torsten Schonhoff. Der 40-jährige Meppener Mineralölkaufmann wurde anlässlich des Wolfsburger Abends im Beisein von Finanzminister Hartmut Möllring, MdL, geehrt. Die Niedersachsen-MIT wies letztmalig im August 1997 5.000 Mitglieder aus. Seitdem hatte sich der Verband mit dem Phänom der Bindungsunwilligkeit der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Die MIT Niedersachsen konnte den gesellschaftlichen Trend umkehren und ist nach dem MIT-Landesverband Nordrhein-Westfalen heute die zweitstärkste Gliederung im Bund.

Stoßen auf das 5.000-ste Mitglied der Niedersachsen-MIT an (v.l.n.r.): Werner Lübbe (MIT-Landesvorsitzender), Finanzminister Hartmut Möllring MdL, Torsten Schonhoff und Günter Reisner (MIT-Kreisvorsitzender Meppen)

MIT Nord-Württemberg

Die Delegierten der MIT Nord-Württemberg stimmten mehrheitlich für Petra Jouaux als neue Bezirksvorsitzende. Rudolf Preiß, Ulrich Bauer und Helena Kapp wurden als Stellvertreter und Walter Wittmann als Schatzmeister gewählt. Frank Schreiter übernimmt die Aufgabe des Pressesprechers und Michael Moroff die des Schriftführers. Als Beisitzer gehören dem neuen Vorstand Ines Aufrecht, Hermann Ayasse, Gerhard Bäuerlein, Tobias Bunk, Werner Frank, Angelika Harm, Apostolos Kelemides, Heidi Maisch, Peter Mathias, Franz Pfeffer, Christiane Piesker, Thomas Rapp, Ursula Scherer, Dr. Carl-Christian Vetter und Harald Weith an.

Der geschäftsführende Vorstand des MIT-Bezirksverbandes Nordwürttemberg (v.l.n.r.): Helena Kapp, Walter Wittmann, Frank Schreiter, Petra Jouaux, Michael Moroff, Ulrich Bauer und Rudolf Preis

MIT Südhessen

Oliver Roeder ist neuer Vorsitzender des MIT-Bezirksverbandes Südhessen. Roeder folgt damit dem Staatssekretär Andreas Storm, der aufgrund seiner neuen Aufgabe in Berlin nicht mehr antrat. Dem neu gewählten Vorstand gehören zudem Feridun Bahadori, Sabine Heuler, Günter Preuss, Christa Schreiner, Horst Nawrath, Ralph Pittich, Heinrich Dittmann, Wolfram Winkler, Dagmar Fischer-Neeb und Matthias Jöckel an. Der Vorstand kooptierte in seiner ersten Sitzung die Bundestagsabgeordneten Patricia Lips und Dr. Michael Meister sowie die Landtagsabgeordneten Judith Lannert, Gottfried Milde, Rafael Reißer und Peter Stephan.

Heiner Geißler

... gehörte zu seiner Zeit als CDU-Generalsekretär zu den hellen Köpfen der Union und war zeitweise sogar ihr Vordenker. Heute denkt er allzu oft allzu laut, mit Vorliebe in Talkshows, über „seine Wandlung vom Grünen-fressenden Wadenbeißer zum Kapitalismuskritiker“ (DIE WELT). Nun ließ er im Playboy verlauten, das Amt des Bundespräsidenten habe er sich schon zugetraut, doch leider habe sich aus der Politik niemand an ihn gewandt.

KARRIEREMÄRCHEN

Wie die *Sansibar* vom schlichten Strandkorbschuppen zum gastronomischen Weltkonzern gedieh

Vergessen Sie Bill Gates, die Aldi-Brüder oder die im Bargeld herumstolpernden russischen Oligarchen. Bei uns auf Sylt hat sich einer auf den Weg gemacht, um sich den Globus ökonomisch untertan zu machen. Es ist ein Schwabe, der vor vielen Jahren auf der Fahrt von Ulm nach Stuttgart in den verkehrten Zug stieg und stunden später irrtümlich auf Sylt landete. In einem trostlosen Strandkorbschuppen südlich von Rantum fand der damals noch mittellose Mitbürger Unterschlupf.

Es gefiel ihm, er nistete sich dort ein, versuchte, die Sprache, den hochdeutsch-friesischen Slang der Einheimischen, zu erlernen, scheiterte charmant wie alle Baden-Württemberger und eröffnete trotzig einen Wurstimbiss mit Schnapsausschank. Das geschah am Sansibarstrand und darum nannte Herbert Seckler – so sein Künstlername – das weitab von der Zivilisation gelegene Etablissement entsprechend. Interessieren tat der Laden einstweilen niemanden.

Doch Seckler hatte Glück. Irgendwann war die Sylter Schickeria all der Nobelrestaurants auf der Insel überdrüssig. Sie suchten Abgefahrenes, Skurriles, Prekäres. Einer rief aus Jux: „Gehen wir doch ab jetzt alle in die ‚Sansibar'!" und erntete ein karnevaleskes Gelächter. Doch wie so oft in diesen Kreisen: Es wird getan, was der Lauteste vorschlägt. Über Nacht fiel die Hautevolee in Secklers Holzverschlag ein wie einst die Wikinger in England.

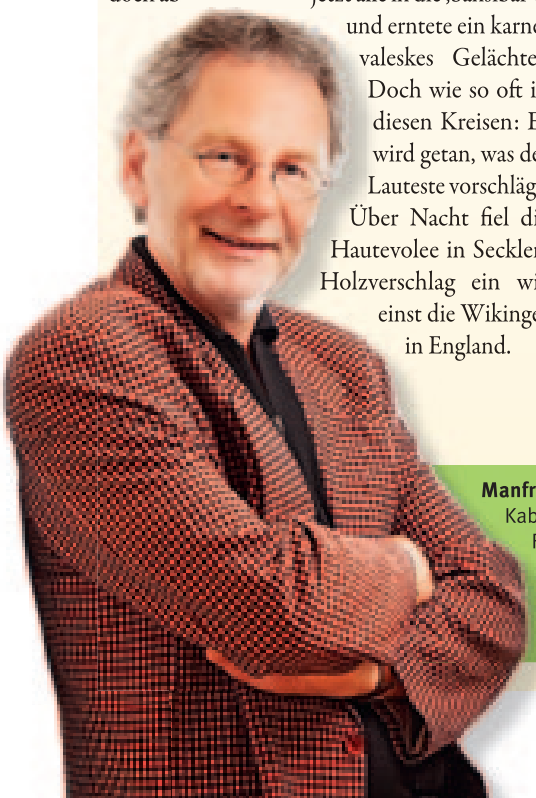
Anfangs versuchte der Strandwirt noch, sich der ihm suspekten, neuen Klientel zu erwehren. Er wählte aber die falschen Waffen, nämlich Rustikalität, Portionen zum Sattessen und die schönsten Schlager von Rudi Schuricke, einem Nachkriegstenor, der von roten Rosen, roten Lippen und rotem Wein knödelte. Es half nichts, die penetranten VIPs ließen sich nicht vergraulen und so begann der steile Aufstieg des Dünengastronomen. Und als sich dann auch noch das kosmopolitische Gesamtkunstwerk Karl Lagerfeld mit seiner flirrenden Muse Claudia Schiffer dort im kalten März mal kurz aufwärmte, war der Boom nicht mehr aufzuhalten.

Heute kann jedermann dort live mitbekommen, dass Delling den Netzer privat doch duzt, dass schmierlappige Finanzjongleure sich als größte Geldvernichter der vergangenen sechzig Jahre feiern lassen und bei „Tatar vom Thunfisch auf Knuspersalat mit dreierlei Dip" kalte Übernahmen von Billigfluggesellschaften oder DAX-Unternehmen geplant werden.

Das Logo des Gasthofes, zwei gekreuzte Säbel, ziert längst das Heck vieler Autos der, ich sach mal so: problematischen Kohlendyoxid-Kategorie. Ja, die Begeisterung der Menschen, sich als Gast der Sansibar zu outen, schlägt geradezu Purzelbäume. Legionen freundlicher Chinesen nähen in ihrer Freizeit T-Shirts, Geschirrtücher und Polohemden zusammen, deren einzige Besonderheit darin bestehen, dass Name und Unternehmenssymbol der Sansibar in riesigen Lettern auf sie gedruckt ist. Und der Erfolg geht weiter.

Bald werden wir erfahren, dass Herbert Seckler eine große Berliner Fluggesellschaft schlucken wird (Arbeitstitel: „Sansi-Air"). Es soll schon ein Vorvertrag für die Lieferung von zehn Maschinen des Typs A 380 bestehen, um das im Mietskasernenstil erbaute Aldi-Hotel in Rantum laufend mit frischen Kurgästen aus den Slums deutscher Großstädte zu versorgen.

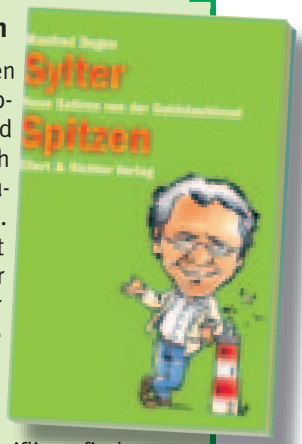
Ein zum Label passendes Auto (Arbeitstitel: „Sansi-Car") mit einem Ökomotor, der sowohl mit Champagner als auch mit altem, getrüffelten Fritteusenfett läuft, ist in Planung. Die Reichweite dieses schicken Flitzers wurde den Bedürfnissen der zu erwartenden Käuferschicht angepasst: einmal bis Liechtenstein und retour! Nur einer politischen Karriere Secklers räumen Experten bislang kaum Chancen ein. Er gilt als rhetorisch einschläfernd. Aber das ist ungerecht. Die Minister Tiefensee und Glos bewiesen über Jahre, dass es auch ohne jede Redebegabung geht ...



Manfred Degen ist vielen bekannt als der Sylter Insel-Kabarettist, tritt aber auch bundesweit auf und ist auf Firmenevents oder Incentive-Veranstaltungen ein gern gesehener und viel gebuchter Unterhaltungskünstler

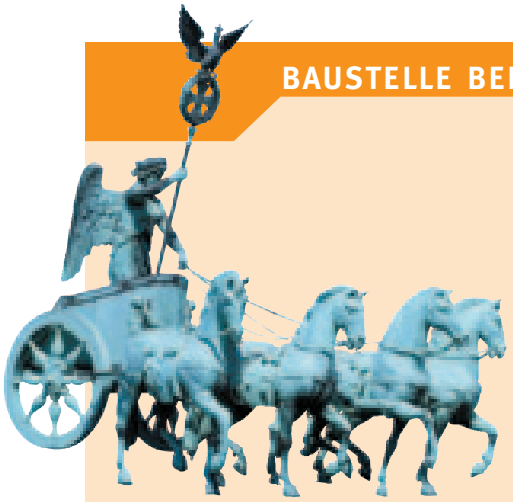
Info: www.Manfred-Degen.de

Sylter Spitzen



Seine neuen Satiren von der Goldstaubinsel hat Manfred Degen in dem Buch „Sylter Spitzen" zusammengefasst. Sein Thema ist zwar immer wieder die Insel Sylt, aber die Charaktere, die er (über-) zeichnet und die Situationen und Gegebenheiten, die er persifliert, findet man auch anderswo.

Sylter Spitzen
192 Seiten, Broschur
8,95 Euro, ISBN 978-3-8319-0417-4
Verlag Ellert & Richter, Hamburg



BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

den Brüller zuerst: vielleicht haben Sie's ja zwei Seiten vorher in unserer Rubrik „Namen sind Nachrichten" gelesen: Heiner Geißler (80) gab dem „Playboy" zu Protokoll, er fühle sich nach wie vor fit, und aus der Bevölkerung habe er viele Mails bekommen, in denen er dazu aufgefordert worden sei, sich um das Amt des Bundespräsidenten zu bewerben. Offenbar war aber keine Mail einer maßgeblichen Politiker-Persönlichkeit darunter, was dem deutschen Volke eine Menge Peinlichkeiten erspart, den Fernseh-Talkshows auch weiterhin eine mehr oder weniger geistreiche Plaudertasche erhält und Elke Heidenreich einen den ihr so sehr geschätzten Mann, der mit ihr vierhändig Klavier spielt.

„Einen solchen Aderlass an potenziellen Kanzlern und Parteivorsitzenden hat noch keine andere Partei hinnehmen müssen", schreibt Hugo Müller-Vogg und fährt fort: „Angela Merkel bekommt die Einsamkeit an der Spitze der CDU jetzt schmerzlich zu spüren." Salopp gesagt: Der Letzte macht das Licht aus. CDU – quo vadis?

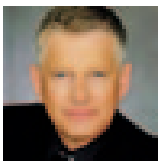
Merz, Althaus, Oettinger, Wulff, Rüttgers, Koch und von Beust – alle in etwa so alt wie die Kanzlerin – verabschiedeten sich aus der aktiven, der operativen Politik und aus der Führung der CDU. „Es ist schade, wenn wir in der CDU so viele Schwergewichte verlieren," warnte PKM-Vorsitzender und MIT-Mitglied Michael Fuchs in der BILD-Zeitung. Dem kann man sich nur anschließen, voller Bedauern und mit einem bangen Blick auf unser Führungspersonal.

Ohne Frage haben all' jene, die ihre Ämter und Funktionen aufgegeben haben, ihre zu respektierenden persönlichen und politischen Gründe, doch glaubt Kolumnist Müller-Vogg einen gemeinsamen Nenner erkannt zu haben: Die CDU sei nicht mehr die verschworene Gemeinschaft und große Familie, wie sie es in ihren besten Zeiten war. Unser Bundesvorsitzender Josef Schlarmann formulierte es in einem Spiegel-Interview vor wenigen Wochen so: „Für Helmut Kohl war die CDU seine Familie und seine Basis, auf sie hat er sich in Wahlkampfzeiten verlassen. Er kannte die Kreisvorsitzenden, die Partei war für ihn die entscheidende Grundlage für politisches Handeln. Heute erfährt die Partei meist aus den Medien, was beschlossen worden ist. Sie wurde marginalisiert. Die Folgen sind nicht zu übersehen: Unsere Mitglieder sind unglücklich, viele völlig frustriert. Die CDU hat ein großes Problem."

... aber wir haben auch eine große Freude, und zwar darüber, dass ein MIT-Streiter in das höchste Staatsamt gewählt worden ist: Christian Wulff, Mitglied der niedersächsischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, ist unser neuer Bundespräsident.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM Mittelstands Magazin

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Pitopia

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Verlagsvertretung Getz,
Nielsen II, V, VII
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Nielsen III a, III b, IV
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
MSM Medienservice Meins,
Nielsen I, VI
Telefon: 040 / 69 79 59 15 , Fax 040 / 61 13 61 83

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.
Der Jahresbezugspreis beträgt 40,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Wenn Sie wissen wollen, was auf Sylt los ist!

ADRESSEN ... ANSTALTUNGEN
TIPPS SCHL ... INFOS GOURMET
SURF-LEGEN ... DER ESSKLASSE
KURTAXE M ... D LEUTE KARTEN
SHUTTLE S ... N TRAUM-BILDER
FRAU AN S ... H KULINARISCHES
FÜHRUNG ... KINDER-PARADIES
DÜNENLEB ... LTUNGS-TERMINE
ESSEN & ... DE WOCHENENDE
INSEL-CIR ... D 10 BESTEN BARS
SPITZENK ... ACHTSCHWÄRMER
STEINE A ... RESTAURANTS VON
HUNDEU ... GOURMET REZEPTE
TOP TEN ... ITT ÜBER DIE INSEL
WANDER ... LLE LAUFSTRECKEN
BEAUTY ... LLNES NACHTLEBEN
KINDER ... ITEN NORDSEE-QUIZ
PREISE ... N HOTELS SEEHUNDE
HORIZO ... UND KÖRPERPFLEGE
URLAU ... EN-TISCHGESPRÄCHE
FREUD ... BAR WEINE EIN OBER-
SCHLA ... N EXTRA POSTKARTEN
MENS ... EMIL NOLDE NORDSEE

... alles in die insel

die insel
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
E-Mail: die.insel@t-online.de

Ich bestelle die insel 2010

Name: Vorname:

Strasse:

PLZ: Wohnort:

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

Windows®. Leben ohne Grenzen.
HP empfiehlt Windows 7.

VISION PRO AMD

JETZT AB
€ 789,- UVP*

ZUVERLÄSSIG UND LEISTUNGSSTARK – DAS HP PROBOOK 6555B

HP Dockingstation (90W)
€ 209,- UVP inkl. MwSt.
Produkt-Nummer: VB041AA
hp.com/de/dockingstation

HP ProBook 6555b Notebook PC

- AMD Phenom™ II Triple-Core Mobile Prozessor N830
- Original Windows® 7 Professional
- ATI Mobility Radeon™ HD 4250 Grafik
- 39,6 cm (15,6") Display mit LED Backlight und AntiGlare Beschichtung
- HP Professional Innovations für mehr Sicherheit und Komfort

Produkt-Nummer: WD721EA

Jetzt informieren und kaufen: hp.com/de/amd-notebook

THE COMPUTER IS PERSONAL AGAIN.

hp

©2010 Hewlett-Packard Development Company, L.P. *Bei allen Preisen handelt es sich um eine unverbindliche Preisempfehlung von HP inklusive Mehrwertsteuer und Urheberrechtsabgabe, gültig zur Zeit der Drucklegung. Angebot gültig solange Vorrat reicht. Preise beziehen sich auf die spezifizierten Beschreibungen. Bei den Abbildungen sind Abweichungen möglich. Alle Rechte vorbehalten. ©2010 Advanced Micro Devices, Inc. Alle Rechte vorbehalten. AMD, das AMD Arrow-Logo, ATI, das ATI Logo, AMD Athlon, AMD LIVE!, AMD Phenom, Cool'n'Quiet, Radeon und deren Kombinationen sind Marken von Advanced Micro Devices, Inc. Microsoft und Windows sind eingetragene Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern. Microsoft und Windows sind in den USA und/oder anderen Ländern eingetragene Warenzeichen der Microsoft Corporation. Windows 7 ist entweder eingetragenes Warenzeichen oder Warenzeichen der Microsoft Corporation in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Um die Windows 7 Software installieren und von ihren Vorteilen profitieren zu können, benötigt das System möglicherweise ein Upgrade und/oder eine separat gekaufte Hardware und/oder ein DVD-Laufwerk. Details finden Sie unter http://www.microsoft.com/windows/windows-7/